

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

18–19/2005 · 2. Mai 2005



60 Jahre Kriegsende

Christoph Kleßmann

Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte

Rainer Gries

Mythen des Anfangs

Dietmar Süß

Erinnerungen an den Luftkrieg

Wilfried Loth

Die Deutschlandplanung der Sieger

Ingvill C. Mochmann · Stein Ugelvik Larsen

Kriegskinder in Europa

Editorial

Als am 8. Mai 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht die Waffen in Europa schwiegen, waren fast 60 Millionen Menschen dem von Hitler angezettelten Zweiten Weltkrieg und dem Völkermord zum Opfer gefallen.

Flucht und Vertreibung, Hunger und Not prägten den Alltag im befreiten Deutschland. Der demokratische Wiederaufbau begann. In Aachen, seit Herbst 1944 von den Amerikanern besetzt, erschien bereits im Januar die erste freie Tageszeitung. In Berlin traf am 30. April 1945, aus Moskau kommend, die „Gruppe Ulbricht“ ein, um die Weichen für eine „demokratische Umgestaltung“ nach sowjetischem Vorbild zu stellen. Nach der Potsdamer Konferenz der Großen Drei war die deutsche Teilung absehbar.

Auf dem Weg, sich der doppelten deutschen Geschichte vom Ausgangsjahr 1945 an neu zu nähern, zeichnen sich in der historischen Forschung Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte ab. Zahllose Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt sowie Fernsehfilme und Dokumentationen tragen zu einer veränderten Sicht auf das Kriegsende bei. Das neue Interesse an der Zeitgeschichte äußert sich auch in einem Perspektivenwechsel: Deutsche als Opfer, das Grauen der Bombennächte an der „Heimatfront“ rücken stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Der Zeitgeschichtsboom belegt die Suche nach einem geschichtspolitischen Konsens. Wer vermeintliche „Tabus“ brechen möchte, sollte die Chronologie nicht vergessen: Die deutsche (und europäische) Katastrophe begann bereits 1933. Ein breites Bündnis hat dazu aufgerufen, am 7. und 8. Mai 2005 in Berlin den Jahrestag des Kriegsendes zu feiern und für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren.

Hans-Georg Golz

Christoph Kleßmann

Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte

Jenseits der Kapitulation“ lautete das übergreifende Thema des „Journals für Geschichte“ vom Mai 1985. Diese mittlerweile eingestellte ambitionierte historische Zeitschrift, die einen Brückenschlag zwischen der Fachwissenschaft und einer breiteren historisch interessierten Öffentlichkeit versuchte,

Christoph Kleßmann

Dr. phil., geb. 1938; em. Professor für Zeitgeschichte; bis 2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. Klessmann@rz.uni-potsdam.de

veröffentlichte damals Beiträge von Zeithistorikern aus der Bundesrepublik und der DDR aus dem ersten deutsch-deutschen Kolloquium zur Zeitgeschichte nach 1945, das im Dezember 1984 an der Fernuniversität Hagen stattgefunden hatte.¹ Angesichts der politischen Brisanz der jüngsten deutschen Geschichte und der hochgradigen ideologischen Kontaminierung von Zeitgeschichte in der DDR war das eine kleine Sensation, von der allerdings wenig nach außen dringen sollte, weil sonst die Basis eines solchen Versuchs als Werkstattgespräch wieder brüchig geworden wäre.

Das Kolloquium fand drei Fortsetzungen – abwechselnd in der DDR und in der Bundesrepublik –, verschwand dann aber im Dezember 1988 rasch in der Versenkung.² Die Debatte um das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die SED irritierte auch die ostdeutschen Fachvertreter, ohne dass sie dazu offen Stellung nehmen konnten oder wollten, und markierte einmal mehr die engen Grenzen für eine kritische Diskussion der jüngsten Geschichte. Ein auf beiden Seiten von vorsichtigem Optimismus getragenes Experiment versandete in der Sackgasse orthodoxer Berührungsgänge. Vierzig Jahre

nach Kriegsende gab es noch immer wenige Gemeinsamkeiten in der Interpretation der jüngsten deutschen Geschichte. Die Geschichtsbilder waren gespalten. Das entsprach der Teilung des Landes, an deren Überwindung damals kaum jemand glaubte.

Die Erinnerung an das Jahr 1945, den Ausgangspunkt einer doppelten deutschen Geschichte, wirft heute die Frage auf, was damals schon programmiert war und ob und inwieweit diese geteilte Vergangenheit noch eine gemeinsame Geschichte war und ist oder wieder werden kann. Das Jahr 1985 hat in der deutschen Erinnerungskultur zum Kriegsende fraglos einen besonders hohen Stellenwert. Über diese Erinnerungskultur zum symbolischen Datum des 8. Mai 1945 ist bereits viel geschrieben worden.³ Der Büchermarkt der achtziger und neunziger Jahre bietet ein breites Spektrum von Dokumentationen, Darstellungen und Retrospektiven, die verdeutlichen, dass alle relevanten Aspekte des Kriegsendes in der öffentlichen Diskussion präsent waren.⁴

Daran zu erinnern ist durchaus angebracht angesichts der Unterstellungen in jüngster Zeit, die traumatischen Erfahrungen der Deutschen seien nicht genügend behandelt oder gar verdrängt worden. Sechzig Jahre danach erlebt die Erinnerung an 1945 einen neuen Boom. Es gibt jedoch neue und schrille

¹ Abgedruckt sind die Beiträge von Lutz Niethammer, Dietrich Geyer, Rolf Badstübner, Peter Brandt und Olaf Groehler. Teilnehmer waren neben den Genannten: Günther Benser, Karl Drechsler, Gerhard Keiderling, Heinz Niemann, Eva Seeber, Siegfried Thomas und Walter Wimmer aus der DDR; Wolfgang Benz, Ulrich Borsdorf, Othmar Habert, Ludolf Herbst, Christoph Kleßmann, Winfried Loth, Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Dietrich Staritz, Rolf Steininger, Arnold Sywottek und Hans-Erich Volkmann aus der Bundesrepublik.

² Die Hintergründe sind von Martin Sabrow dargestellt worden: Der Streit um die Verständigung. Die deutsch-deutschen Zeithistorikergespräche in den achtziger Jahren, in: Arnd Bauerkämper u. a. (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte, Bonn 1998, S. 113–130.

³ Nur auf zwei Sammelbände sei hier verwiesen: Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, hrsg. von Dietrich Papenfuß und Wolfgang Schieder, Köln 2000; Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, hrsg. von Bernd-A. Rusinek, Göttingen 2004.

⁴ Zahlreiche Hinweise auf dtv-Dokumente finden sich in einer Beilage zu dem genannten Heft des „Journals für Geschichte“.

Töne in dieser Debatte. Sie erinnern an längst vergangene Zeiten, und von einem Basiskonvens in der Interpretation scheint die Öffentlichkeit in Deutschland weit entfernt. Inwiefern es gar eine Verschiebung vom Täter- auf einen Opferdiskurs gibt und worin die Ursachen dafür liegen, soll hier nicht erörtert werden.¹⁵ Ich möchte vielmehr die Erinnerung an den gemeinsamen Ausgangspunkt zum Anlass nehmen, einen anderen Zugang zur doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte zu formulieren. Dazu wird ein Konzept vorgestellt, das eine Integration der Teilgeschichten anstrebt, ohne die Spannungen und Widersprüche in einer neuen (und alten) Nationalgeschichte aufzulösen.

Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit haben sich viele Autoren um einen Neuanfang bemüht. Nur zwei besonders wichtige Arbeiten seien genannt. Peter Graf Kielmansegg hat in seiner großen Gesamtdarstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte seine Leitfrage pointiert so formuliert: Wir haben es mit zwei verschiedenen Geschichten zu tun, „einer mit Zukunft und einer ohne Zukunft. An der zweiten interessiert vor allem, warum sie keine Zukunft hatte“¹⁶. Die Katastrophe von 1945 bildete in Deutschland wie wohl für kein anderes Land in Europa den zunächst gemeinsamen Ausgangspunkt für eine neue Geschichte als Chance, ohne dass ein Gelingen absehbar war. Diese relative Offenheit, aber auch die extrem ungleiche Verteilung der Folgelasten des NS-Erbes und der Teilung immer wieder zu betonen zählt zu den großen Stärken des Buches.

Zu einer Geschichte des geteilten Deutschlands gehören aber nicht nur die Gründe für Erfolg und Scheitern, sondern auch das Eigengewicht und die Besonderheiten, die das wechselseitige Verhältnis dieser beiden Teile ausmachten. Darauf richtet Peter Bender seinen Blick. Er verfolgt konsequent den schon früher entwickelten Ansatz der „deutschen Parallelen“. Auch bei ihm bilden Katastrophe und Schuld die gemeinsamen Bezugspunkte für die Darstellung der beiden deutschen

Nachfolgestaaten des Hitlerreiches. Als Objekte der Besatzungsmächte und Partner misstrauischer Verbündeter, aber auch als besonders tüchtige Streiter im Kalten Krieg zeigen sie viele Ähnlichkeiten.¹⁷ Diese Parallelisierung hat – zumal im knappen, plakativen Stil Benders – eine hohe suggestive Überzeugungskraft. Sie führt auch nicht zur Verwischung der Gegensätze. Es war und blieb ein riesiger Unterschied, mit Moskau oder aber mit Washington verbündet zu sein. Dennoch wirft diese Form der Parallelisierung einige Probleme auf. Die innere Geschichte von Gesellschaft und Kultur, von Verbänden und Parteien, von Lebenswelt, Familie, Lebensstil und Alltagserfahrung lässt sich in einem stark politikhistorischen, parallelisierenden Konzept nur schwer in ihrer Bedeutung unterbringen. Das jeweilige Eigengewicht, aber auch die verqueren Formen von Verflechtung und wechselseitigen Einflüssen bleiben relativ blass. Die Nation und ihr Zusammenhalt bilden letztlich den Fluchtpunkt der Darstellung.

Die folgenden konzeptionellen Überlegungen lehnen sich an beide Autoren an, versuchen aber darüber hinaus, explizit sechs verschiedene Bezugsebenen und zeitliche Stufen, in denen die deutsche Nachkriegsgeschichte steht, miteinander zu verbinden, um so einen möglichen Gesamtrahmen zu skizzieren, ohne daraus eine gemeinsame Periodisierung abzuleiten, die es nur in engen Grenzen geben kann. Die reine Dichotomie von Erfolgs- und Misserfolgsgeschichte wird vermieden, die prinzipiellen Unterschiede im Verlauf und auch in der Wertung werden aber nicht verwischt. Ein solcher Versuch muss stark schematisch und konstruktivistisch ausfallen. In der Umsetzung sind Verschiebungen und Differenzierungen unvermeidlich und sinnvoll, aber als Leitlinien für ein schwieriges Thema haben sich diese Überlegungen für eine Reihe thematischer Fallstudien als tragfähig erwiesen.¹⁸

¹⁵ Vgl. den Beitrag von Klaus Naumann (mit weiteren Literaturhinweisen): Agenda 1945 – Das Jahr des Kriegsendes im aktuellen Geschichtsdiskurs, in: Kriegsende (Anm. 3), S. 237–253.

¹⁶ Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 677.

¹⁷ Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996, S. 12.

¹⁸ Das Folgende basiert auf dem Text für einen im Herbst bei der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinenden Sammelband, den ich zusammen mit Peter Lautzas als Ergebnis einer Potsdamer Arbeitsgruppe von Fachhistorikern und Fachdidaktikern herausgebe. Der Text wird sprachlich im Präsens formuliert, da es nicht primär um eine historische Darstellung, sondern um eine Erörterung ihrer kon-

1945 als Endpunkt und Chance

Das erste, dichteste Feld umfasst den gemeinsamen Ausgangspunkt der doppelten Nachkriegsgeschichte: 1945 als Endpunkt der deutschen Katastrophe und Chance zum Neubeginn. Längerfristige Rückgriffe auf spezifische Prägungen der Gesellschaft seit dem Kaiserreich im „deutschen Sonderweg“ mit dem Höhepunkt des Nationalsozialismus, aber auch tief greifende Wandlungs- und Modernisierungstrends als ungewollte Folgen des Krieges lassen sich in diesem Jahr punktuell synthetisieren. Dazu gehören insbesondere die demographischen und territorialen Veränderungen, die mit der Kriegswende seit 1943 an Brisanz gewinnen und in die ersten Nachkriegsjahre hineinreichen (Umsiedlungsaktionen, Flucht, Vertreibungen, Gebietsabtretungen). Sie sind programmatisch in dem Buchtitel „Von Stalingrad zur Währungsreform“ gebündelt und in vielen Einzeluntersuchungen analysiert worden.¹⁹ Auch die europäische Dimension des Weltkriegs lässt sich in dieser Fokussierung verdeutlichen. Viele deutsche Probleme sind europäische: „Europa in Ruinen“, das Kriegsende als Inferno und Befreiung, Massenflucht und Vertreibung, *displaced persons*, Entnazifizierung, der Beginn neuer Gewalt und neuer Diktaturen. Diese europäische Erweiterung des Blickfeldes ist zudem wichtig, um einerseits die lang anhaltenden Wirkungen der NS-Herrschaft in Europa in Erinnerung zu behalten und um andererseits dem zeitgenössischen Trend zur Stilisierung vornehmlich der Deutschen als Opfer entgegenzuwirken, ohne die grauenhaften Erfahrungen insbesondere der deutschen Bevölkerung im Osten zu bagatellisieren. Zugleich bietet das Jahr der totalen deutschen Niederlage die Chance zu einem Neuanfang mit unterschiedlichen Entwicklungspotenzialen.

Die Deutschen in Ost und West sind zwar von Kriegsfolgen und Gewalt unterschiedlich

zeptionellen Probleme geht. Vgl. dazu den ebenfalls aus der Arbeitsgruppe entstandenen, ausführlicheren Aufsatz von Konrad H. Jarausch, Die Teile als Ganzes erkennen. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen, (2004) 1, S. 10–30.

¹⁹ So der Titel des Sammelbandes von Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

betroffen, und politische Ereignisse überlagern strukturelle soziale Veränderungen in verschiedenartiger Intensität. Aber eine Schlüsselerfahrung aller Deutschen ist zunächst die Konfrontation mit dem totalen Zusammenbruch, der vermeintlichen „Stunde null“ und der bedingungslosen Unterwerfung unter die Sieger. Alliierte *dismemberment*-Konzepte und die Aufteilung in vier Zonen lassen zunächst keineswegs die Umrisse einer künftigen Zweiteilung erkennen. Das Fehlen eines Staates, eine sozial durcheinander gewirbelte Zusammenbruchsgesellschaft und ein weitreichendes Aufsichtgestelltsein des Einzelnen oder der Familie im Kampf ums Überleben machen die äußere Gleichförmigkeit eines Landes aus, in der Schicksalskategorien die tradierten sozialen Schichtungskriterien zu ersetzen scheinen. Auch wer der Vergangenheit entfliehen will, wird ständig mit ihr bzw. mit ihren Folgen konfrontiert. Die Besatzungsmächte verbindet bei aller Unterschiedlichkeit das Insistieren auf der „Haftungsgemeinschaft“ aller Deutschen. Die divergierenden Interpretationen dieser Vergangenheit und die gravierenden Unterschiede der Entnazifizierungskonzepte und -prozeduren¹⁰ stellen jedoch bereits in den ersten beiden Nachkriegsjahren wichtige Weichen. Auch die politischen Vorstellungen über die Zukunft Deutschlands differieren erheblich zwischen den Alliierten und den deutschen Politikern.¹¹

Deutsche in Ost und West beteiligen sich aktiv am politischen Wiederaufbau, überwiegend aber lassen sie die Dinge apathisch geschehen, weil sie verschreckt, belastet oder perspektivlos sind. Nation und Nationalismus haben scheinbar ausgedient und werden von anderen Prioritäten überlagert. Gleichwohl ist deutsche Geschichte in dieser Phase nicht nur Besatzungsgeschichte, sondern auch – sehr unterschiedlich ausgeformte – Interaktion zwischen Siegern und Besiegten. An vielen Beispielen lässt sich diese Konstellation verdeutlichen. So bildet eine funktionierende Verwaltung eine elementare Voraus-

¹⁰ Vgl. Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

¹¹ Die immer noch beste detaillierte Untersuchung dazu hat Hans Peter Schwarz vorgelegt: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied–Berlin 1966.

setzung für jeden Wiederaufbau, und dazu ist man auf Fachkräfte angewiesen, auch wenn diese nicht immer den rigiden Entnazifizierungskriterien entsprechen. Das Gleiche gilt für die Betriebe, in denen häufig deutsche Betriebsräte eine schärfere politische Säuberung fordern als die Besatzungsmächte. Die Kirchen profitieren von ihrem bestenfalls halbwegs erhaltenen Selbstbild als Träger des Widerstands gegen die Nationalsozialisten und verfügen in West und Ost über beträchtliche Handlungsspielräume. Trotz beträchtlicher politischer Differenzen überwiegen in den Besatzungszonen zunächst die gemeinsamen sozialen Problemlagen.

Innere Folgen der Blockbildung

Der offene Kalte Krieg, die beginnende Blockbildung und die inneren Folgen – die zweite Entwicklungsstufe – treiben bislang unklare Entwicklungsmöglichkeiten seit 1947 in entgegengesetzte Richtungen auseinander. Die Deutschen können wenig gegen die Entfaltung dieses globalen Konflikts und seine Rückwirkungen auf die politische und gesellschaftliche Lage im besetzten Deutschland tun.¹² Viele setzen sich dennoch gegen einen Trend zur Wehr, den sie partiell noch für umkehrbar oder steuerbar halten. Politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die fatalen Zwänge des Kalten Krieges werden verstärkt zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. „Außenpolitik“ wird zum Katalysator innenpolitischer Optionen. Diese sind zwar im Kern von den Besatzungsmächten vorgegeben, werden aber auch – in sehr unterschiedlichem Maße – von deutschen Politikern und ihren Anhängern nachvollzogen.

Der seit 1917 nie verschwundene Ost-West-Konflikt wird in seiner zugespitzten Form des Kalten Krieges von 1947/48 an zur bestimmenden Determinante der Teilung Deutschlands. Sie wird zunehmend individuell und kollektiv unmittelbar erfahrbar, besonders stark im Grenzgebiet und in Berlin, und macht Bemühungen um andere Optionen hinfällig. Die begriffliche Unterscheidung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg¹³ ist insofern wichtig, als die Intensität

¹² Vgl. die kompakte Übersicht von Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003.

¹³ Vgl. dazu die m. E. nach wie vor tragfähigen Überlegungen von Werner Link, *Handlungsspielräume der*

dieses Konflikts, der erst 1989/91 beendet ist, im Laufe der Jahrzehnte mit spürbaren Folgen für Ost- und Westdeutsche variiert. Gerade in dieser Differenzierung ist er zum Verständnis der Politik, aber auch individueller und generationeller Erfahrungen von kaum zu überschätzender Bedeutung, und zwar gerade im Hinblick auf die trennenden und verbindenden Faktoren der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte.

Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg sind die wichtigsten Struktur determinanten, die heute viel umfassender verstanden und erforscht werden und sich nicht primär auf die politische und militärische Konfrontation beschränken lassen, sondern verstärkt kultur- und mediengeschichtliche Dimensionen einbeziehen.¹⁴ Dazu gehört auch das Bewusstsein und die sich verändernde Perzeption dieser Konstellation: Was anfangs als Fatum akzeptiert wird, unterliegt später kontroverser Auseinandersetzung und bewussten Versuchen zum Gegensteuern. Der nationalgeschichtliche Rahmen wird von den Vorgaben und dem entscheidenden Gewicht der Supermächte in Frage gestellt.

Eigendynamik der Teilung

Die Teilung in zwei Staaten und entgegengesetzte politische Systeme innerhalb der beiden Blöcke, die von niemandem so gewollt, aber auch kaum aktiv verhindert worden ist, entwickelt eine Eigendynamik, die partiell auch akzeptiert und gewollt wird. Nachkriegsgeschichte wird immer stärker Kontrastgeschichte. Zwar ist die bundesrepublikanische Demokratie mit anfangs wenigen wirklichen Demokraten zunächst ein Geschenk der Westalliierten, ebenso wie die volksdemokratische Diktatur der DDR ein sowjetrussischer Export ist. Die Erweiterung der Handlungsspielräume macht allerdings im Westen viel schnellere und grundsätzliche-

USA in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945–1950, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 33 (1983) 25, S. 19–26. Demnach begann der Ost-West-Konflikt 1917, der Kalte Krieg als besondere Phase aber 1946/47. Er fand sein Ende mit dem atomaren Patt in den sechziger Jahren. Heute lässt sich hinzufügen, dass der Ost-West-Konflikt mit der Revolution in Ostmitteleuropa und der Auflösung der Sowjetunion 1989/91 beendet war.

¹⁴ Vgl. Rana Mitter (Hrsg.), *Across the Blocs: Cold War Cultural and Social History*, London 2004.

re Fortschritte als im Osten. Aber auch dort lassen sich in begrenztem Rahmen vor allem in den Formen der inneren Umgestaltung Charakteristika erkennen, die primär auf das Konto der deutschen Kommunisten gehen.¹⁵ Ulbricht ist sowohl in der Frühphase wie in der Spätphase seiner Amtszeit ein gutes Beispiel dafür, auch wenn man Wilfried Loths Interpretation, die in Ulbricht den eigentlichen Motor der DDR-Gründung sieht,¹⁶ für reichlich überzogen hält.

Einschneidende soziale und politisch-kulturelle Prägungen lassen sich daher, wenn auch mit prinzipiellen und erheblichen Unterschieden, in beiden Staaten und Gesellschaften als Folge deutscher Politikkonzepte und Aktivitäten und nicht nur als Ergebnis der alliierten Wünsche beobachten. Die wachsende und zunehmend akzeptierte „Öffnung nach Westen“ in der Bundesrepublik, die in der Forschung, aber auch in der zeitgenössischen Öffentlichkeit als „Westernisierung“, „Amerikanisierung“ und „Fundamentalliberalisierung“ diskutiert wird,¹⁷ findet auf ostdeutscher Seite kein wirklich vergleichbares Pendant, weil die „Sowjetisierung“ primär politisch konnotiert ist, oberflächlich bleibt und auf breite Ablehnung stößt.¹⁸ Indikatoren sind eine anfangs noch ausgeprägte politische Opposition, die bis zum Mauerbau permanente Fluchtbewegung, der flächendeckende Aufstand vom 17. Juni 1953 und eine ostentative Pflege deutscher Klassik. Indirekte Amerikanisierungstendenzen gibt es zwar auch in der DDR, und die SED kann nicht verhindern, dass bei der DDR-Jugend Jeans als Ikone verehrt werden,¹⁹ aber in vielen Erscheinungsformen bleibt die ostdeutsche Gesellschaft nicht nur aufgrund des ökonomischen und technischen Modernisierungsrückstandes deutlich alter-

tümlicher und „deutscher“ als die der Bundesrepublik.²⁰

Diese Eigendynamik und der vor allem von den Sowjets und der SED forcierte Kontrast unter den Bedingungen des Kalten Krieges vertiefen die Teilung und Entfremdung mangels erschwelter Kommunikation, sodass die scheinbar unvermeidbare und international hingenommene Zweistaatlichkeit zunehmend fatalistisch akzeptiert wird. Jüngere Generationen wachsen mit Zweistaatlichkeit, Grenze und Berliner Mauer als Fakten auf, die man verändern, aber nicht abschaffen kann. Diese politische Ausweglosigkeit fördert Arrangements in den vorgegebenen Grenzen und wachsendes Desinteresse an nationalen Ganzen. Der Alltag und das „kleine Glück“ in der DDR werden wichtiger. Der Verweis auf die „deutsche Frage“ in einer längeren historischen Perspektive der staatlichen Vielfalt legitimiert vor allem im Westen für viele Zeitgenossen den Verzicht auf das Ziel nationaler Einheit.²¹ Nicht zuletzt macht der Hinweis auf die europäischen Nachbarn und deren Interesse an einem geteilten Deutschland den Status quo zu einer fixen Größe im geteilten Europa. Das doppelte Deutschland wird scheinbar zum Eckstein europäischer Stabilität.

Auf der Basis dieses Sicheinrichtens in der jeweiligen Doppelhaushälfte sind aber auch gegenläufige Trends der aktiven kritischen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen politischen System zu behandeln, die ihre Impulse nicht oder nur peripher aus der deutschen Frage bezogen. Während der Aufstand vom 17. Juni 1953 ebenso wie die parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik noch eine signifikante gesamtdeutsche Komponente haben, beziehen die Konflikte um die Entstalinisierung in der Intelligenz 1956/57 und die neuen Formen von Dissidenz seit den späten siebziger Jahren in der DDR ihre Schubkraft primär aus blockinternen Heraus-

¹⁵ Vgl. Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln 2001.

¹⁶ Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994.

¹⁷ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, München 2004.

¹⁸ Vgl. Hannes Siegrist/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt/M.–New York 1997.

¹⁹ Vgl. z. B. den Titel des Buches des Leipziger Kabarettisten Bernd-Lutz Lange, *Mauer, Jeans und Prager Frühling*, Leipzig 2003.

²⁰ Vgl. die Beobachtungen Theo Sommers nach der Reise von ZEIT-Redakteuren in die DDR in: Marion Gräfin Dönhoff/Rudolf Walter Leonhardt/Theo Sommer, *Reise in eine fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR*, Hamburg 1964.

²¹ Als Beispiel einer dezidierten Meinung: Hans-Ulrich Wehler, *Die deutsche Frage in der europäischen Politik 1648–1986*, in: ders., *Aus der Geschichte lernen?*, München 1988, S. 34–43.

forderungen. Auf andere Weise gilt das ebenso für die westdeutsche Ausformung der „Achtundsechziger-Bewegung“, die sich ganz auf die Kritik der „restaurativen“ Bundesrepublik konzentriert und sich nur in einem schmalen Segment für die DDR interessiert.

Formen asymmetrischer Verflechtung

So plausibel eine solche dichotomische Konstellation zeitgenössisch auch ist und ex post nicht unterschlagen oder harmonisiert werden darf, so unzureichend wird damit die spezifische deutsche Situation in den Veränderungen des Ost-West-Konflikts erfasst. Denn Minderheiten haben sich auf beiden Seiten stets mit unterschiedlicher Motivation dagegen gewehrt. In breiterem Umfang aber ist erst nach 1989 die Einsicht gewachsen, dass neben den charakteristischen Faktoren der Abgrenzung auch direkte und indirekte Formen der asymmetrischen Verflechtung die deutsche Nachkriegsgeschichte bestimmt und ihr ein besonderes Profil gegeben haben. Damit ist nicht eine gewissermaßen latente Nationalgeschichte gemeint, sondern eine Sondersituation im Nachkriegseuropa, deren Problematisierung und Reflexion einige der wichtigsten Elemente der Neukonzeption einer Nachkriegsgeschichte ausmachen.

Dass die Entwicklung der DDR nicht ohne die der Bundesrepublik zu verstehen ist, lässt sich aus den öffentlichen und vor allem aus den internen Quellen der SED-Diktatur ablesen. An zahllosen Beispielen ist dieser Zusammenhang zu illustrieren und zu analysieren. So ist das Grenzproblem für die SED ebenso wie für die Bevölkerung zu allen Zeiten von zentraler Bedeutung. Ökonomisch bleibt die enge Verflechtung mit dem „Klassenfeind“ unauflösbar, da es keinen Ersatz für bestimmte westdeutsche Lieferungen gibt. In der Jugendpolitik kann die SED westliche Einflüsse nie völlig ausschalten und bemüht sich schließlich um Kompromissstrategien. Der plakative Antifaschismus als Legitimationsideologie bezieht seine Konturen wesentlich aus der Abgrenzung zur Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik. Die Situation der Kirchen bleibt trotz institutioneller Trennung von der „besonderen Gemeinschaft“ bestimmt. In der außenpolitischen Konkurrenz der beiden Staaten in der „Dritten Welt“ sitzt die DDR in der Regel gegenüber der ökonomisch

starken Bundesrepublik am kürzeren Hebel. Auf diesen und anderen Feldern sind zwar unterschiedliche generationelle, soziale und regionale Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands zu thematisieren, aber alle DDR-Bürger bleiben zu allen Zeiten von der Trennung vom Westen betroffen, auch wenn sich der Blick nach Westen verändert. Das Interesse verschwindet nie, ist jedoch zumindest bei der jüngeren Generation immer weniger an den Nationalstaat gebunden, sondern eher an Konsum, Information, Reisen, wie beispielsweise die (unter Verschluss gehaltenen) Datenerhebungen des Leipziger Instituts für Jugendforschung belegen.¹²²

Schwieriger zu erfassen, aber deshalb nicht per se weniger wirksam ist der umgekehrte Einfluss der DDR auf die Bundesrepublik. Das betrifft weniger die spektakulären und historiographisch z. T. überzogenen Formen der Infiltration durch die „Westarbeit“ von SED, Staatssicherheit und FDGB¹²³ als vielmehr die indirekten Wirkungsfaktoren. Die Existenz einer kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden prägt die politische Kultur in der Bundesrepublik, erleichtert die Entscheidung für die Westintegration und bestimmt die Formen der innenpolitischen Konsensfindung, diskreditiert aber auch gesellschaftliche Alternativkonzepte der Arbeiterbewegung vor allem in den fünfziger Jahren (z. B. Sozialisierung und Planwirtschaft). 1976 führt die Union ihren Wahlkampf angesichts der Stärke des linken Flügels in der SPD mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ bzw. „Freiheit oder Sozialismus“ (so der CSU-Slogan).¹²⁴ Besonders gut erkennbar ist diese direkte und indirekte Art des Einflusses der SED in bestimmten Formen und

¹²² Interessantes empirisches Material bei Peter Förster, Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 70–165.

¹²³ Dazu Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, Berlin 1999; Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970, Berlin 1993; Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, Berlin 1999; Josef Kaiser, „Der politische Gewinn steht in keinem Verhältnis zum Aufwand“. Zur Westarbeit des FDGB im Kalten Krieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, (1996), S. 106–131.

¹²⁴ Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987, S. 46.

Argumentationsmustern des Umgangs mit der NS-Vergangenheit.¹²⁵

Der beschleunigte Endspurt der Bundesrepublik auf dem „langen Weg nach Westen“¹²⁶ hängt zweifellos auch mit der unmittelbaren Nachbarschaft zur DDR zusammen. In diesen Kontext gehört eine kritische Erörterung, inwieweit die Bundesrepublik bis 1990 ein „postnationales“ Selbstverständnis entwickelt hat und die DDR einem als Parteidoktrin künstlich verordneten „internationalistischen“ Sonderweg gefolgt ist, bis beide 1990 in einen „postklassischen Nationalstaat“ mündeten.¹²⁷ Aufgrund der demokratischen Legitimität und der Funktionsfähigkeit der Bonner Demokratie lässt sich die Geschichte der alten Bundesrepublik mühelos unter weitestgehender Ausklammerung der DDR schreiben, wie viele Beispiele zeigen. Die große fünfbandige Geschichte der Bundesrepublik hat das auch bewusst mit dem Ziel der eigenständigen Identitätsstiftung getan. Das Bonner „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ war ursprünglich ebenso konzipiert.¹²⁸ Dass eine solche Konzeption unzureichend ist, dürfte kaum noch strittig sein, auch wenn die DDR- und ostmitteleuropäische Geschichte im Geschichtsbild führender westdeutscher Zeithistoriker nach wie vor nur einen marginalen Stellenwert besitzt.¹²⁹

Systemübergreifende Problemlagen

Im Zuge der relativen Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen und der Veränderung der Paradigmen in der Forschung („sys-

¹²⁵ Ausführlich dazu Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.

¹²⁶ Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.

¹²⁷ Vgl. ders., Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: APuZ, 41 (1991) 40, S. 12–24.

¹²⁸ Vgl. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 5 Bänden, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1981 ff.; Hermann Schäfer, Begegnungen mit unserer eigenen Geschichte. Zur Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland am 14. Juni 1994, in: APuZ, 44 (1994) 23, S. 11–22.

¹²⁹ Vgl. z.B. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51(2003), S. 5–28.

temimmanenter Ansatz“) rücken seit den siebziger Jahren zunehmend auch systemübergreifende Problemlagen fortgeschrittener Industriegesellschaften ins Bewusstsein und werden zum Gegenstand insbesondere von Sammelwerken.¹³⁰ Das betrifft bildungspolitische, kulturelle, wirtschaftliche, ökologische und andere Fragen ebenso wie die Bedrohungsszenarien durch die atomare Hochrüstung der Supermächte und entsprechende gesellschaftliche Reaktionen darauf in den Friedensbewegungen.

Hier haben sich nach 1990 erneut deutliche Verschiebungen und Gewichtsverlagerungen ergeben. Die Reflexion über Struktur- und Funktionsdefizite parlamentarischer Demokratien im Zeitalter der Allgegenwart und wachsenden Bedeutung der Massenmedien ist zeitweilig in den Hintergrund gerückt. Globalisierung, strukturelle Massenarbeitslosigkeit und die Erosion der Sozialsysteme haben systemübergreifende Problemlagen aber erneut nachdrücklich auf die politische und historische Agenda gesetzt.

Nicht zuletzt aus erfahrungsgeschichtlicher und keineswegs nur nostalgisch eingefärbter Perspektive ehemaliger DDR-Bürger, die vom neuen demokratischen Staat enttäuscht sind, bedarf dieser Komplex noch eingehender Erörterung, wenn die bloße Kontrastierung von westdeutscher Erfolgs- und ostdeutscher Misserfolgsgeschichte überwunden werden soll. Denn die anfangs nach dem Kollaps der DDR erhofften und scheinbar historisch legitimierten Rezepte zur Krisenlösung haben längst ihre Überzeugungskraft und Attraktivität eingebüßt.¹³¹

Trends der Wiederannäherung

In der Endphase der Teilungsgeschichte lassen sich neben Verselbstständigung auf der Basis akzeptierter Teilung im Zuge europäischer und innerdeutscher Entspannungspolitik deutliche Trends einer z. T. ungewollten Wiederannäherung durch gesteigerte wech-

¹³⁰ Exemplarische Ansätze dazu in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz, Bonn 1989.

¹³¹ Vgl. Klaus Schroeder, Legenden und Fakten. Deutschland vierzehn Jahre nach der Vereinigung, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 16/2004, S. 72–89, bes. S. 84 ff.

Die Verklammerung west- und ostdeutscher Geschichte

selseitige Kommunikation, aber auch gleichzeitige Erosionserscheinungen in der DDR feststellen. Die politische Klasse im Westen thematisiert wieder nachdrücklicher die nationale Frage,³² die im Osten offiziell tabu ist, weil die Mauer „noch 100 Jahre“ bestehen werde, wie Honecker noch im Januar 1989 prognostiziert.³³

Die wachsende Misserfolgsgeschichte der DDR und des Ostblocks im Wettlauf um technologische Innovation wird unübersehbar, aber auch im Westen versagen alte Steuerungsinstrumente gegenüber struktureller Massenarbeitslosigkeit und Überlastung der Sozialsysteme. Es fehlt zwar keineswegs an zutreffenden Diagnosen und Warnungen, aber die unverhoffte Einheit verdeckt für viele Jahre die Brisanz dieses Problems im öffentlichen Bewusstsein.

Wissenschaftliche und kulturelle Kontakte zur DDR werden zwar auch in den achtziger Jahren von der SED eng kanalisiert, entwickeln sich aber breiter als in früheren Jahren. Im Zuge der Entspannung wächst ein wechselseitiges Interesse, das sich auf Kultur und Literatur und somit die Fortexistenz einer Kulturnation bezieht. Die Bücher von Christa Wolf, Christoph Hein, Stefan Heym, ansatzweise auch Ausstellungen von DDR-Kunst sind im Feuilleton der Bundesrepublik präsent und werden anders als früher nicht primär politisch, sondern nach eigenständigen ästhetischen Maßstäben diskutiert.

Die nach 1990 zu Recht kritisierte Kehrseite ist allerdings auch, dass die Schattenseiten des Systems kaum mehr erörtert werden. Von Diktatur spricht in den achtziger Jahren kaum jemand mehr, obwohl ihre Realität auch für den westdeutschen Besucher überall erkennbar ist. Insofern erscheint die nachholende harsche Kritik am „schiefen DDR-Bild“ in Westdeutschland als durchaus berechtigt.³⁴

Die sechs genannten Bezugsfelder und Stufen im historischen deutsch-deutschen Verhältnis nach 1945 sind ein Versuch, dem Eigengewicht und der Verklammerung west- und ostdeutscher Geschichte besser gerecht zu werden als eine reine Kontrastgeschichte oder eine neue Nationalgeschichte. Die zeitlichen Stufen und systematischen Bezugsfelder lassen sich weiter ausdifferenzieren. Ihr Mischungsverhältnis ist im Laufe der 40 Jahre Teilung zudem unterschiedlich. Einige bleiben durchgängig erhalten, andere treten erst spät auf. Orientierungsmaßstäbe und Werturteile sind für eine kritische Geschichtswissenschaft unverzichtbar. Aber die reine Dichotomie von freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur führt nicht weiter. Sie ebnet die inneren Differenzierungen und konstitutiven Spannungslinien ein,³⁵ ignoriert die beträchtlichen Veränderungen im Laufe einer 40-jährigen Entwicklung, vernachlässigt spezifische Schwierigkeiten eines Lebens unter den erschwerten Bedingungen einer Diktatur und lenkt allzu selbstgerecht von Versäumnissen, strukturellen Defiziten und mühsamen Lernprozessen im Westen ab.

Das Wortungetüm von der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ löst die Dichotomie und relative Eigenständigkeit nicht einfach auf.³⁶ Aber diese Charakterisierung wird dem sperrigen Gegenstand gerechter, indem sie sich bemüht, offenkundige Disproportionen zu vermeiden, einem teleologischen Denken nach dem Muster „Die DDR war von Anfang bis Ende stalinistisch und dem Untergang geweiht“ zu entgehen, nationalstaatliche Verengungen aufzulösen und die charakteristischen Formen der Verbindung und Abgrenzung zu betonen. Eine an einem solchen Interpretationsansatz orientierte Darstellung, die Herrschaftsanalyse mit Erfahrungsgeschichte verbindet, kann am ehesten einen Beitrag leisten zur politisch und historiographisch notwendigen Behandlung der

³² Exemplarisch: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Nachdenken über Deutschland. Materialien zur politischen Kultur der Deutschen Frage*, Köln 1985.

³³ Vgl. Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Korte (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Einheit 1949–1989–1999*, akt. und erw. Ausgabe, Bonn 1999, S. 553.

³⁴ Hartmut Jäckel, *Unser schiefes DDR-Bild*, in: *Deutschland Archiv*, 22 (1990), S. 1557–1565.

³⁵ Vgl. Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 24 (1998), S. 110–131.

³⁶ Vgl. die Kritik Hermann Wentkers, *Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945*, in: *APuZ*, 55 (2005) 1–2, S. 10–17.

getrennten Vergangenheit als gemeinsame Geschichte.

Den Anstoß dafür kann eine Reflexion über den 8. Mai 1945 als Ende des blutigsten Krieges der Neuzeit und Beginn einer neuen Epoche liefern. Dieser Beginn war mit vielen Hoffnungen verbunden, in weiten Teilen Osteuropas aber auch mit tiefen Enttäuschungen über einen „vergeblichen Sieg“¹³⁷. Aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive war „1945“ für viele Menschen, insbesondere für die deutsche Bevölkerung im Osten, keine oder zumindest nicht primär eine Befreiung, sondern ein Inferno und der Beginn neuer Verfolgung und Diktatur.

Signifikant war die Einseitigkeit der gespaltenen Erinnerung in Deutschland. Den Gestus der selbst ernannten Sieger der Geschichte in der SED hat Christa Wolf im November 1989 harsch und treffend charakterisiert: „Eine kleine Gruppe von Antifaschisten, die das Land regierte, hat ihr Siegesbewusstsein zu irgendeinem nicht genau zu bestimmenden Zeitpunkt aus pragmatischen Gründen auf die ganze Bevölkerung übertragen. Die ‚Sieger der Geschichte‘ hörten auf, sich mit ihrer wirklichen Vergangenheit, der der Mitläufer, der Verführten, der Gläubigen in der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen (. . .). Ihr untergründig schlechtes Gewissen machte sie ungeeignet, sich den stalinistischen Strukturen und Denkweisen zu widersetzen (. . .).“¹³⁸

In Westdeutschland gab es jahrzehntelang eine andere Einseitigkeit: die ausschließliche Betonung von Niederlage, Zerstörung und Kapitulation. Potsdam stand als Symbol für den Verlust des deutschen Ostens und die Sanktionierung der Massenvertreibung der deutschen Bevölkerung. Spätestens mit Weizsäckers Rede 1985 begann ein Prozess der Differenzierung im westdeutschen Gedenken an die Katastrophe, die auch eine Befreiung war.

Heute hat sich das Bild erneut gewandelt. Der deutsche Opferdiskurs ist unübersehbar

in den Vordergrund gerückt und hat einen fatalen politischen Höhepunkt in der Instrumentalisierung der Erinnerung an die Bombardierung Dresdens durch die NPD gefunden.¹³⁹ Nötig wird es sein, die widersprüchlichen, nicht harmonisierbaren Befunde von zerstörerischem Inferno und Befreiung, von historischer Einordnung und individueller Erfahrungsgeschichte nebeneinander zu akzeptieren. Diese Verbindung zweier diametral verschiedener Perspektiven ist ein wichtiges Element einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte.

¹³⁹ Vgl. Achatz von Müller, Passionsspiel mit Hinter-sinn. Die NPD provoziert mit deutschem Opferpathos und geht mit dem Leid der Ausgebombten hausieren, in: Die Zeit vom 3. 2. 2005.

¹³⁷ So der Titel der 1948 in Zürich erschienenen Erinnerungen von Jan Ciechanowski.

¹³⁸ Petra Gruner (Hrsg.), Angepaßt oder mündig? Briefe an Christa Wolf im Herbst 1989, Berlin 1990, S. 11.

Rainer Gries

Mythen des Anfangs

Die Mythen des Anfangs wussten Einheit zu stiften, indem sie Geschichten der „Einheit“ erzählten. Die Eliten der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Republik Österreich standen im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg und der „Stunde null“ vor der Aufgabe, ein auf das jeweilige Staatswesen und sein Gesellschaftssystem bezogenes Wir-Gefühl zu begründen. Es galt, Legitimität zu symbolisieren und Loyalität von den Vielen zu erheischen, wozu prägnante, akzeptanzfähige, emotionalisierende

und mobilisierende Erzählungen angeboten werden mussten. Vornehmste Aufgabe dieser Geschichten musste es sein, politische, soziale, ökonomische, vor allem aber familiäre Erfahrungen von Kontingenz in höhere Sinnhorizonte einzubinden. Die traumatischen Kriegserlebnisse, der Zusammenbruch staatlicher Institutionen und politischer Autoritäten sowie die Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit von Millionen machten einfache und einprägsame wie sozialpsychologisch leistungsstarke Erzählungen erforderlich.¹

Diese Narrative gaben den Gesellschaften *in statu nascendi* eine integrierende Zeit-Gestalt vor, indem sie erklärten, woher man kam, wo man stand und wohin man gemeinsam wollte. Sie offerierten ein versöhnliches Muster von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektiven (Karl-Ernst Jeismann). Diese Narrative hatten diejenigen Grund-Werte zu vermitteln, die für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fortan verbindlich sein sollten. Sie mussten nichts weniger als einen akzeptanzfähigen zeitlich-politisch-moralischen Orientierungsrahmen, kurz: das neue soziale und politische

Selbstverständnis und Selbstgefühl, leicht verständlich darstellen und versinnbildlichen – in Form von Bildern, Symbolen, Ritualen und Personen.

Mythen des Anfangs sind nicht nur Gründungsmythen, die unhinterfragbar einen sagenhaften Ursprung des eigenen Gemeinwesens formulieren und ausgestalten.² Vorstellungen von einem sinnhaften Beginn sind überdies mit einem Verständnis von Gegenwart und Zukunft verknüpft. Dieser Beitrag unternimmt den Versuch, das Geflecht mythischer Erzählungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der ersten Nachkriegszeit auf dem Territorium der drei Folgestaaten des „Dritten Reiches“ vergleichend zu skizzieren.

Österreich – „das erste Opfer des Nationalsozialismus“

In allen drei Ländern lässt sich die Vielfalt der Symbole, Bilder und Geschichten auf unumstößliche erste Grund-Sätze zurückführen. In Österreich lautete diese fundamentale Sentenz: „Wir sind die ersten Opfer des Nationalsozialismus.“ Dieser den künftigen österreichischen Offiziäldiskurs strukturierende Satz wurde im April 1945 im Gründungsdokument der Republik festgeschrieben: „Angesichts der Tatsache, daß der Anschluß des Jahres 1938 (...) durch militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgelistet und abgepreßt, endlich durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist, (...) und endlich angesichts der Tatsache, daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, ökonomischen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungs-

¹ Vgl. Überholen ohne einzuholen. Deutsche Gründungserzählungen im Leistungsvergleich. Ein Gespräch mit Herfried Münkler, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40 (1995) 10, S. 1179–1190.

² Zur Diskussion und Funktion von Gründungsmythen siehe Hans-Joachim Gehrke (Hrsg.), Geschichtsbilder und Gründungsmythen, Würzburg 2001; Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1999, S. 52 ff.

Rainer Gries

Dr. phil. habil., geb. 1958; Historiker; Vertragsprofessor für Kultur- und Kommunikationsgeschichte am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien (IPKW). Schopenhauerstraße 32, 1180 Wien/Österreich. rainer.gries@univie.ac.at

krieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, (...) erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Österreichs (...) die nachstehende Unabhängigkeitserklärung.“¹³

Die Erklärung der Unabhängigkeit als Deklaration der Unschuld: Während im „Altreich“ noch gekämpft wurde, vier Tage vor Hitlers Freitod, gossen drei Parteien des „neuen Österreich“ das Fundament des künftigen Selbstverständnisses. Der gängigen Erzählung zufolge war das kleine und wehrlose Österreich von den „braunen deutschen Horden“ 1938 überrannt worden.¹⁴ „Belogen“ und „betrogen“ – die überwältigende Mehrheit sah sich als unpolitische, hilflose Opfer einer fremden Propagandamaschinerie. Zwar gab es auch im eigenen Volk einige wenige, vom Ausland gesteuerte Verräter, aber das Gros war unschuldig, mehr noch: Die wahren Österreicher hatten sich auch unter der Besatzungsherrschaft den Geist der Menschlichkeit und die Treue zu ihrem geliebten Land nicht austreiben lassen.¹⁵ Das galt nicht zuletzt für die Soldaten, die in der Wehrmacht kämpften – in ihrem Herzen dienten sie nur der Heimat.¹⁶ Zu Kronzeugen des Opfermythos wurden die Alliierten stilisiert, denn mit der „Moskauer Deklaration“ vom November 1943 hatten sie der Republik Österreich einen solchen Status zwar bestätigt, zugleich aber auch eine Mitverantwortung eingefordert, welche die Unabhängigkeitserklärung „nahezu versteckte“ und welche der öffentlich kommunizierte Unschuldsmythos gänzlich unerwähnt ließ.¹⁷

¹³ Präambel der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, zit. nach: Eva-Marie Csáky (Hrsg.), *Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955*, Wien 1980, S. 36 f.

¹⁴ Vgl. Gerhard Botz, *Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. „Opferthese“, „Lebenslüge“ und „Geschichtstabus“ in der Zeitgeschichtsschreibung*, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hrsg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1996, S. 51–85.

¹⁵ Zur nationalsozialistischen Vergangenheit im österreichischen Geschichtsbild siehe Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier-Finster, *Österreichisches Gedächtnis*, Wien 1997².

¹⁶ Vgl. Wolfgang Kos, *Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945*, Wien 1994, S. 99 ff.

¹⁷ Vgl. Anton Pelinka, *Von der Funktionalität von Tabus. Zu den „Lebenslügen“ der Zweiten Republik*, in: W. Kos/G. Rigele (Anm. 4), S. 23–32.

Diese Grundsätze des österreichischen Selbstbildes stießen auf breite Akzeptanz. Etwa vier Jahrzehnte lang strukturierten und steuerten Variationen dieses Opfermythos das österreichische Selbstverständnis.¹⁸ Erst seit den achtziger Jahren, nicht zuletzt im Zuge der öffentlichen Debatten um den Bundespräsidenten Kurt Waldheim, wurde dieses Narrativ in Frage gestellt.¹⁹ Die eingängige Meistererzählung vom kleinen und hilflosen, vom braven und unterjochten österreichischen Volk bahnte einer Vielzahl weiterer Propagamen den Weg.¹⁰

Integration durch Abgrenzung: Der Opferstatus ließ es zu, Täter und Schuldige ohne großen Aufwand auszugrenzen.¹¹ Es waren „die Deutschen“ und wenige Helfershelfer im eigenen Land. Der Aufbau eines österreichischen Wir-Gefühls ließ sich fortan am besten durch eine Propaganda der Abgrenzung zum großen Nachbarn, den „nazistischen Preußen“, bewerkstelligen.¹²

Einheitsstiftung durch imaginierte gemeinsame Erfahrung: Opfer der Aggressoren waren sowohl Repräsentanten der Linken wie der Rechten, „Rote“ wie „Schwarze“, so ein weiteres Argumentationsmuster. In den Konzentrationslagern waren sie unterschiedslos dem Terror ausgesetzt. Die gemeinsame Erfahrung der „Lagerstraße“ begründete demzufolge die neue demokratische Kultur.

¹⁸ Siehe dazu den kursorischen Überblick von Ernst Bruckmüller, *Symbole österreichischer Identität zwischen „Kakanien“ und „Europa“*, Wien 1997.

¹⁹ Auch im „Gedankenjahr“ 2005 wird in Österreich über den Wahrheitsgehalt des Opferstatus des Staates einerseits und der Opfermentalität der Vielen andererseits debattiert; vgl. z. B. Gerhard Botz, *Der Kanzler als Schulmeister der Zeitgeschichtsforschung?*, in: *Der Standard* vom 12./13. 3. 2005, S. 37 f.

¹⁰ Unter Propagamen seien im Folgenden „semantische Marker“ verstanden, „Erzählungen“ begrenzter Komplexität, die über lange Zeit mit Hilfe von Massenmedien einer breiten Zielgruppe vermittelt wurden. Vgl. Rainer Gries, *Zur Ästhetik und Architektur von Propagamen. Überlegungen zu einer Propagandageschichte als Kulturgeschichte*, in: ders./Wolfgang Schmale (Hrsg.), *Kultur der Propaganda*, Bochum 2005, S. 9–34.

¹¹ Vgl. Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien 1996², S. 135–153; zur Differenzbildung siehe auch G. Botz (Anm. 4), S. 72 ff.

¹² Zur politischen Beziehungsgeschichte siehe Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln–Weimar–Wien 2000.

Das Gegeneinander der Ersten Republik sollte aufgrund des „Geistes der KZ-Gemeinschaft“ in ein Miteinander der Zweiten Republik überführt werden.¹³ Das „neue Österreich“ sollte zukunftssicher sein, doch diese gerne beschworene Formel wurde keineswegs mit hehren Plänen einer austriakischen Zukunftsgesellschaft verknüpft. Mit der Geburt eines „neuen Österreichs“ war vielmehr der Weg in eine Konsensgesellschaft der Nachkriegszeit gemeint, die sich vom missglückten Modell der Dissensgesellschaft der Vorkriegszeit abheben sollte.¹⁴

Zur überragenden politischen Symbolfigur des neuen Österreichs avancierte der zweite Kanzler der Zweiten Republik, Leopold Figl. „Unser Poldl“ war „unser Österreich“, der *homo austriacus* schlechthin: ein volksverbundener Heurigen-Politiker mit Weinglas, die Inkarnation des guten und ausgleichenden Landesvaters. Vor allem aber konnte der Bauernsohn aus dem Tullnerland als Verkörperung des Opfermythos gelten, denn „der Figl“ war von 1938 bis 1943 in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg inhaftiert gewesen, weil er sich unerschrocken zu Österreich bekannt hatte.¹⁵ Sein mit dem Österreich-Mythos eng verwobener persönlicher Nimbus erreichte 1955 einen Höhepunkt, denn der damalige Außenminister galt als Schöpfer des mit Bauernschläue erkämpften Staatsvertrages, der Österreich seine Souveränität zurückgab. Bis zum legendären wie erlösenden „Österreich ist frei“ aus dem Munde Figls anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages war das Propagema vom nicht enden wollenden Opfergang ausgedehnt worden. Leopold Figl, der „mutige kleine Mann“, hatte es unternommen, die Ketten der Knechtung des „mutigen kleinen Landes“ zu sprengen – vor allem deshalb, weil es ihm

noch am Vorabend der Unterzeichnung gelungen war, in der Außenministerkonferenz durchzusetzen, dass eine Klausel gestrichen wurde, welche Österreich eine „gewisse Verantwortlichkeit“ am Zweiten Weltkrieg vorgeworfen hatte. Die Gründungserzählung Österreichs fand 1955 ihren furiosen Abschluss – die glückliche Wende zum Guten war gelungen.¹⁶

Das „neue Österreich“ präsentierte sich auch visuell als „Land der Berge, Land am Strome“, das seine Nationalhymne seit 1947 geradezu programmatisch pries.¹⁷ Eine Metaphorik des Raumes führte beschauliche Bilder eines kleinen, aber schönen Landes vor, das sich inmitten einer polar verfassten Welt behauptete: Österreich inszenierte sich aus der Sicht des Herrgottswinkels, zeigte sich als Idyll aus Hochalpen und Donauniederungen, bevölkert von einem schlaun und gläubigen Bauernvolk. Fortan dominierten Bilder, Bauwerke und Bundeskanzler, die Österreich als Mittler, als „Brücke“ zwischen West und Ost, entwarfen. Der Bundeskanzler Bruno Kreisky und der Wiener Erzbischof, Franz Kardinal König, repräsentierten diese Grunderzählung des neuen Österreichs dann in späteren Jahren.

DDR – „das andere Deutschland“

Auch die Ideologen der 1946 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) richteten einen unwiderruflichen Grund-Satz auf: „Wir sind diejenigen, welche das andere, das bessere Deutschland aufbauen.“ Eng damit verknüpft war ein weiteres politisches Grundaxiom: Die am 7. Oktober 1949 gegründete DDR sah sich – ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik – als Hort des „Antifaschismus“.¹⁸ Dabei handelte es sich

¹³ Die Definition einer „Zweiten“ im Gegensatz zur „Ersten Republik“ bezeichnet Wolfgang Kos als „genialen Marketing-Coup“: Vorwort, in: ders./G. Rigele (Anm. 4), S. 9–22, hier S. 10 f.

¹⁴ Vgl. dazu W. Kos (Anm. 6), S. 59 ff.

¹⁵ Vgl. Martin Müller, *Unser „Poldl“*. Zur Konstruktion eines österreichischen Helden, Diplomarbeit, Ms., Universität Wien 2004. Überdies konnten acht von elf Mitgliedern der Regierung Figl und 118 der 215 National- und Bundesratsabgeordneten als Opfer des Nationalsozialismus oder als aktive Widerstandskämpfer gelten, vgl. Erika Weinzierl, *Zeitgeschichte in der Krise?*, in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hrsg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, Frankfurt/M. 1994, S. 132–149, hier S. 142.

¹⁶ Vgl. auch W. Kos (Anm. 6), S. 88 f.

¹⁷ Zur Propaganda des amtlichen Selbstbildes ließ die Regierung einen aufwändigen Film drehen: 1. April 2000, 1952, Regie: Wolfgang Liebeneiner; vgl. dazu Ernst Kieninger/Nikola Langreiter/Armin Loaker/Klara Löffler (Hrsg.), 1. April 2000, Wien 2000. Vgl. auch Ernst Bruckmüller, *Die Entwicklung des Österreichbewußtseins*, in: Robert Kriechbaumer (Hrsg.), *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945*. Bd. 1, Wien–Köln–Weimar 1998, S. 369–396, S. 395.

¹⁸ Vgl. dazu u. a. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992; Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit*, Berlin 1995; Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), *Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Anti-*

freilich um einen „gesäuberten Antifaschismus“ (Lutz Niethammer), der bald Ansätze einer pluralen Erinnerungskultur zurückdrängte, das gültige Bild der unmittelbaren Vergangenheit den politischen Bedürfnissen der Partei unterwarf, bestimmte Opfergruppen ausblendete und eine Hierarchie der Opfer installierte. An deren Spitze standen die proletarischen Widerstandskämpfer, die unter Führung der Kommunisten den Faschisten die Stirn geboten hatten.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war die unmittelbare Nachkriegszeit bereits als Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ bezeichnet worden, in deren Verlauf die Enteignung von „Kriegsverbrechern“, Nazigrößen und Großgrundbesitzern durchgeführt und eine „wahre“ Demokratisierung ins Werk gesetzt werden sollte. Durch die Entmachtung der Exponenten des Faschismus, der „Militaristen“ und „Imperialisten“, sei die DDR zum ersten deutschen „Friedensstaat“ geworden.

Das menschliche Antlitz des Sozialismus: Die Protagonisten des neuen Staates, die Kader der SED, nahmen für sich in Anspruch, Führer der Arbeiterklasse und Opfer des Nationalsozialismus zu sein. Als ehemalige KZ-Häftlinge und Emigranten reklamierten sie eine moralische Dignität, aus welcher sie ihre Machtansprüche herleiteten. Die ehemals kommunistischen und sozialdemokratischen Verfolgten des Naziregimes sollten nunmehr als Protagonisten der Partei das Programm des „neuen Deutschlands“ verkörpern. Vor allem Angehörige der um 1930 geborenen Aufbaugeneration folgten diesem Angebot, da sie hofften, auf diesem Weg ihren jugendlichen Glauben in den Nationalsozialismus kompensieren zu können.

Auf der Bühne der DDR traten Propagandafiguren auf, welche die Idee des Sozialismus personifizieren sollten. Zum wirkmächtigen Kanon der Gründungsnarrationen zählten vor allem die Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes, die wie Märtyrer verehrt wurden und deren Aura den neuen Staat und die Partei heiligte; dazu zählte der im Konzentrationslager Buchenwald ermordete frühere Parteichef der KPD

faschismus, Berlin 1999; Raina Zimmering, Mythen in der Politik der DDR, Opladen 2000, S. 37–168.

Ernst „Teddy“ Thälmann. In den fünfziger Jahren kamen Helden des Aufbaus wie der Bergmann und Bestarbeiter Adolf Hennecke und Sportlerhelden wie der Radfahrer Gustav Adolf „Täve“ Schur hinzu.¹⁹

Auch die politischen Eliten der DDR mussten bestrebt sein, zu integrieren. „Einheit“ wurde zum Leit-Propagem. Die *politische* Interpretation von „Einheit“ definierte unmissverständlich die Machtverhältnisse in der DDR: Die „Einheit der Arbeiterklasse“ wurde als Garant der neuen politischen Macht und des Weges in eine neue Gesellschaft verstanden und stellte einen unabdingbaren Glaubenssatz dar. Die *soziale* Interpretation definierte die gesellschaftlichen Verhältnisse: Der Händedruck war nicht nur Symbol für die „Einheit der Arbeiterklasse“ in der SED, sondern auch für die „Einheit der Klassen“ in der DDR. Die *deutschlandpolitische* Interpretation definierte das Verhältnis zur Bundesrepublik: In den vierziger und fünfziger Jahren symbolisierte der Händedruck wie selbstverständlich die „Einheit Deutschlands“. „Die Einheit der beiden deutschen Staaten“ blieb offizielle Politik der DDR bis in die sechziger Jahre hinein. Walter Ulbricht preschte immer wieder mit Plänen zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten vor. Die *außenpolitische* Interpretation definierte die Vormacht des sozialistischen Lagers: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ Die Freundschaft zur Sowjetunion galt als Grund-Gesetz. Die Einheit des sozialistischen Weltsystems war hierarchisch gegliedert. Die sowjetischen Brüder hatten als diejenigen zu gelten, die in der politischen und persönlichen, in der gesellschaftlichen und der wissenschaftlichen Entwicklung weiter vorangeschritten waren.²⁰

Integration durch Abgrenzung: Die Feinde dieses konsequent „antifaschistischen“ Kurses und des Strebens nach „Einheit“ wurden

¹⁹ Zur Kulturgeschichte der sozialistischen Helden siehe Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), Sozialistische Helden, Berlin 2002. Vgl. dazu auch dies., Von Menschen und Übermenschen. Der „Alltag“ und das „Außeralltägliche“ der „sozialistischen Helden“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 52 (2002) 17, S. 39–46.

²⁰ Vgl. hierzu das von Silke Satjukow bearbeitete und an der Friedrich-Schiller-Universität Jena beheimatete DFG-Projekt „Sowjetische Streitkräfte und DDR-Bevölkerung. Eine Beziehungsgeschichte“.

von der Propaganda in Westdeutschland, West-Berlin und Washington geortet. Dort saßen die wahren Schuldigen des Nationalsozialismus, die „Nazigeneräle“, die „Militaristen“, die sich mit den „Kapitalisten“ zusammengetan hatten, um die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit ihren üblen Machenschaften zu unterminieren.¹²¹

Zwar gab es eine Omnipräsenz legitimierender „antifaschistischer“ Geschichtsbilder in der DDR,¹²² doch wurden diese stets von Zukunftsbildern dominiert. Das Neue am „neuen Deutschland“ enthielt eine große zeitpropagandistische Verheißung: „Wir sind auf dem sicheren Weg in die Zukunft des Sozialismus und des Kommunismus.“¹²³ Auch die DDR-Hymne verdichtete die parteiamtliche Meistererzählung: „Und der Zukunft zugewandt.“ Bereits kurz nach dem Krieg hatte der SED-Vorsitzende und spätere Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, erklärt: „Das ist der Beginn einer neuen Zeit. Wir haben das Fundament gelegt. Es ist der unerschütterliche Fels, auf dem das deutsche Volk eine glückliche Zukunft erbauen wird.“¹²⁴ Diese Sentenz greift Strukturelemente eines ganz anderen Gründungsaktes auf; sie lehnt sich an das Wort Jesu Christi an, mit welchem er nach gängiger Exegese die Kirche einsetzte:¹²⁵ „Du bist Petrus, und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen, und die Mächte der Unterwelt werden sie nicht überwältigen.“ (Matthäus 16, 18)

Besonders in den Anfangsjahren wurde der neue Staat gern als neugeborenes Kind imagi-

niert: „Die Geburt eines neuen Deutschland“ lautete der programmatische Titel einer frühen Geschichte der DDR.¹²⁶ Dieser Staat, so die über 40 Jahre kaum variierte Aussage dieses Geburtsmythos, wurde einem Kinde gleich rein und unschuldig „geboren“: Im Osten Deutschlands entstand demzufolge 1949 der erste deutsche „Friedensstaat“, errichtet auf einer moralischen Tabula rasa. Die DDR ist der legitime von zwei Brüdern, die Bundesrepublik wird ausdrücklich als „illegitim“ bezeichnet. Das neugeborene Kind konnte für sich beanspruchen, ohne jede Schuld zu sein: unschuldig am Krieg, am „Faschismus“ und später auch am Stalinismus. Die bei den Agitatoren beliebte Geburtsmetapher vermochte jedwede Verantwortung für die Teilungsgeschichte zu tilgen. Dieser Gründungsmythos erzählte nicht nur die Anfänge der DDR als „menschliche“ Geburt, sondern versuchte, zumindest während der fünfziger Jahre die kommende deutsche Wiedervereinigung folgerichtig als „Wiedergeburt“ zu insinuieren.

Bundesrepublik Deutschland – „das Wirtschaftswunder“

Die Einwohner der Westzonen konnten sich einen vergleichbaren Grund-Satz nicht auf die Fahnen schreiben. Die „Einheit“, die sie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren verspürten, war nicht positiv, sondern negativ begründet. Auch in den Westzonen machten die Besatzungsmächte unmissverständlich klar, dass Deutschland besiegt und besetzt sei, nicht aber befreit.

In Österreich (ab 1945) und in der DDR (ab Ende der vierziger Jahre) wurden die „Täter“ externalisiert und sogar exterritorialisiert („Nicht wir, sondern ‚die Deutschen‘“ respektive „die Spalter und Faschisten in Westdeutschland“ sind schuld“). Im selben Atemzug wurde die Bevölkerung exkulpiert – was Räume für Integration und „Einheit“ schuf: So gab sich die SED bereits 1946/47 als „großer Freund der kleinen Nazis“.¹²⁷ Der Opfermythos in Österreich und der Mythos vom

¹²¹ Vgl. Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004.

¹²² Vgl. dazu u. a. Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997.

¹²³ Zur Geschichte der propagandistischen Zukunftshorizonte in der DDR siehe Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.), *Wiedergeburt. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*, Leipzig 1999.

¹²⁴ Der Beginn einer neuen Zeit, in: *Einheit*, 1 (1946) 1, S. 1.

¹²⁵ Vgl. Karl Siegbert Rehberg, *Zur Konstruktion kollektiver „Lebensläufe“. Eigengeschichte als institutioneller Mechanismus*, in: Gert Melville/ders. (Hrsg.), *Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen*, Köln–Weimar–Wien 2004, S. 3–18, hier S. 7.

¹²⁶ Stefan Doernberg, *Die Geburt eines neuen Deutschland. 1945–1949*, Berlin (Ost) 1959.

¹²⁷ Vgl. Jürgen Danyel, *Die SED und die „kleinen PG’s“*. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: A. Leo/P. Reif-Spirek (Anm. 18), S. 177–196.

anderen, antifaschistischen Deutschland in der DDR schufen probate Schutzdächer, unter denen sich Belastete des nationalsozialistischen Regimes verstecken und – mit Billigung der politischen Eliten – ohne Aufwand integrieren konnten. Die Westdeutschen dagegen zeigten sich nach dem Krieg desorientiert und zutiefst verunsichert. Auf die Vergangenheit konnte man sich nicht beziehen, die Zukunft blieb im Dunkeln, und die Gegenwart zeigte sich unbarmherzig und voller Mühen. Historiker sprachen damals von einer „geschichtslosen Zeit“ und der „Sinnlosigkeit deutscher Geschichte“.¹²⁸

Ausprägungen eines Selbstverständnisses als „Opfer“: Infolge der drückenden Last des Nachkriegsalltags ohne Nahrung und Hausbrand fühlte sich mancher auch in Westdeutschland als „Opfer“. Frauen und Kinder schlugen sich mehr schlecht als recht durch, die Männer waren gefallen oder aber in Kriegsgefangenschaft. Man habe genug gesühnt, war die Meinung vieler in den harten Nachkriegswintern. Das Überleben in der Rationen-Gesellschaft stilisierte man zwar zuweilen zur abenteuerlichen Erzählung, aber dieses Selbstverständnis schuf noch keinen Mythos des Anfangs. Unterstützt wurde eine solche sozialpsychische Opferdisposition durch einen Opferdiskurs, der mit dem „Untergang“ der 6. Armee in Zusammenhang gebracht wurde. „Stalingrad“ stand für den „Opfergang“ deutscher Soldaten, für den die nationalsozialistische Führung die Verantwortung zu tragen habe.¹²⁹

Integration durch Abgrenzung: „Schuld“ konnten demzufolge nur diejenigen sein, die die kleinen Leute verführt hatten. Im Zuge dieser Argumentation gebär sich auch in Westdeutschland eine Gruppe selbst als „erste Opfer Hitlers“: die einstigen, gläubigen NS-Volksgenossen. Sie sahen sich im Nachhinein „auf dämonische Weise verführt, unterjocht und mißbraucht“¹³⁰. Die einfachen Menschen und Soldaten hatten demnach nur ihre Pflicht erfüllt. Und im Übrigen habe man von nichts

gewusst.¹³¹ In vielen Bereichen gelangten die alten Eliten wieder in Amt und Würden.

Das stärkste integrierende Propagema war der Antikommunismus. Demnach war der Krieg gerechtfertigt gewesen, um der „asiatischen“ Bedrohung durch die Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Mit dem Ende des Krieges stand „der Russe“ nun in der Mitte Deutschlands: Umso dringender erschien es, dass sich die Bundesrepublik in den seit der Oktoberrevolution von 1917 bestehenden globalen ideologischen Widerstreit zwischen Kapitalismus und Marxismus-Leninismus einfügen konnte. Schon frühzeitig bildete sich im Westen ein polares Selbstverständnis aus, das die Integration in die ideologische Gemeinschaft „des Westens“ der Einheit „der Nation“ vorzog.¹³²

Die Bundesrepublik Deutschland verstand sich wie die DDR als Kernstaat und überdies als Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches“.¹³³ Obschon sich die Gründerväter und -mütter mühten, deutlich zu machen, dass das Grundgesetz ebenfalls ein „anderes Deutschland“ modellierte,¹³⁴ blieb die Gründungserzählung blass: Der Grundkonsens der Bundesrepublik war unter den Parteien umstritten, ebenso ihre Symbole, Riten und Rituale. Das Provisorium Bundesrepublik prägte zunächst keine differenzierte mythische Erzählung aus.¹³⁵

Die westdeutsche Selbstvergewisserung entfaltete sich erst allmählich und kumulativ zunächst unterhalb der Ebene von „Meistererzählungen“ – was keineswegs heißen soll, dass es keine Mythen des Anfangs gab.¹³⁶ Auch hier bildeten sich kollektiv geteilte Elemente von Erzählungen aus; aber sie wuchsen langsam und wurden weniger „von oben“ dekretiert. Vielfach kommunizierte man sie gar nicht oder nur zum Teil, und erst im Laufe der späten fünfziger Jahre war die westdeutsche Selbstnarration komplett.

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 152 f.

¹²⁹ Vgl. Rainer Gries/Silke Satjukow, Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung, in: dies. (Anm. 21), S. 15 f.

¹³⁰ Vgl. E. Wolfrum (Anm. 2), S. 54 f.

¹³¹ Vgl. Otwin Massing, Gründungsmythen und politische Rituale, Baden-Baden 2000, bes. S. 83 ff.

¹³² E. Wolfrum (Anm. 28), S. 55 f.

¹³³ Vgl. dazu die hexametrische Nachdichtung „Schöpfungsmythos und Goldenes Zeitalter“, in: Rainer Gries/Volker Ilgen/E. Wolfrum, Gestylte Geschichte. Vom alltäglichen Umgang mit Geschichtsbildern, Münster 1989, S. 250 ff.

¹²⁸ Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen, in: Petra Bock/ders., Umkämpfte Vergangenheit, Göttingen 1999, S. 55–81, hier S. 60.

¹²⁹ Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

¹³⁰ Ebd., S. 101.

Die erste Erfahrung, die zu einem fundamentalen Baustein des westdeutschen Mythos ausgebaut wurde, war die Währungsreform. Unzählige Geschichten beschrieben später die Einführung des neuen Geldes als dramatisches Wendereignis: Bis zu diesem sagenhaften 20. Juni 1948 wird eine Zeit des Stillstandes, des Darbens und Hungerns, der Waren- und Wertlosigkeit erinnert, dann geschah in den Augen vieler „über Nacht“ das Wunder einer überbordenden Warenfülle. Die prall gefüllten Läden wurden zu Vorzeichen des Wirtschaftswunders, das „Kopfgeld“ versprach „Wohlstand für alle“. Die Wirklichkeit sah anders aus: Ob die neue Währung tatsächlich Zukunft garantieren würde, war im Frühsommer 1948 keineswegs abzusehen.

Das Jahr 1954 lieferte den Anlass, um die Erzählung vom Warenparadies fortzuspinnen und sie zu einer ersten integrierenden Sentenz auszuformulieren.¹³⁷ Der Sieg der bundesdeutschen Mannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft in der Schweiz gab der Genese des Mythos einen kräftigen Schub. Das „Wir sind wieder wer“ war geboren, wobei die Werte der Fußballer von Bern als gesamtgesellschaftliche Werte kommuniziert wurden. So war es kein Zufall, dass dieser überragende sportliche Erfolg auch politisch und ökonomisch interpretiert wurde. Mit dem Sieg wurde die Erwartung beglaubigt, dass man durch ein gemeinsames Ziel, harte Arbeit und kameradschaftlichen Zusammenhalt zum Erfolg kommen könne. Der Grund-Satz von 1954 hieß: „Wir sind wieder wer, weil wir gemeinsam etwas leisten.“ Die Fußballhelden von 1954 gaben ideale Identifikationsfiguren eines Mythos ab, für den ein ganzes Volk mit den Händen arbeitete: den tragenden Mythos von der „Sozialen Marktwirtschaft“.

¹³⁷ Vgl. Alfred G. Frei, *Finale Grande. Die Rückkehr der Fußballweltmeister 1954*, Berlin 1994; Dirk Schindelbeck, *Sieger Marke Deutschland oder: „Wie wir Weltmeister wurden“: Heldenstück in drei Akten*, in: ders./Andreas Weber, *„Elf Freunde müsst ihr sein!“ Einwürfe und Anstöße zur deutschen Fußballgeschichte*, Freiburg 1995, S. 71–88; Alfred G. Frei, *Die Imagination des Wirtschaftswunders. Überlegungen zu einer modernen Erzählung über das Finale Grande der Fußballweltmeisterschaft*, in: ebd., S. 130–137; Peter Kasza, *1954 – Fußball spielt Geschichte*, Berlin 2004, S. 117 ff.; Dirk Schindelbeck, *Mittendrin statt nur dabei? Zur Entwicklungsdynamik von Fußball, Medien und Kommerz*, in: APuZ, 54 (2004) 26, S. 16–22.

Das akute Mythendefizit Westdeutschlands diagnostizierten zu Beginn der fünfziger Jahre auch führende Unternehmer: Seit Ende der vierziger Jahre hatten zahlreiche altbekannte Markenprodukte mit dem Slogan „Wir sind wieder da – in bester Friedensqualität!“ auf sich aufmerksam gemacht und die Geburt des Weststaates unterfüttert. Eine gemeinschaftsstiftende Propaganda, welche die wirtschaftlichen Erfolge politisch in Dienst stellte, fehlte jedoch. Daher gründeten potente Wirtschaftler eine politische Public-Relations-Organisation namens „Die Waage. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs“ und initiierten Kampagnen für die „Soziale Marktwirtschaft“.¹³⁸ Der ungebremste wirtschaftliche Aufstieg und die beständige Werbung für eine Gesellschaft ohne Klassenkampf, in der „alle am gleichen Strang ziehen“, hatte Ende der fünfziger Jahre zur gültigen Ausformulierung des bundesdeutschen Mythos geführt. Jetzt hieß der Leitsatz: „Wir sind wieder wer, weil wir gemeinsam etwas leisten und weil wir uns etwas leisten können.“

Österreich und die DDR profitierten nach dem Zweiten Weltkrieg propagandistisch von ihrer territorialen Begrenztheit und bedienten sich unter unterschiedlichen ideologischen Prämissen des Kindchenschemas¹³⁹: „Wer neugeboren und klein ist, konnte gar nicht schuldig sein.“¹⁴⁰ Die Bundesrepublik gab für die politischen Eliten beider Staaten eine probate Projektionsfläche ab: Dorthin wurden die „Schuldigen“ abgeschoben, wodurch das eigene Territorium rein und unschuldig blieb.¹⁴¹

¹³⁸ Siehe dazu ausführlich Dirk Schindelbeck/Volker Ilgen, *„Haste was, biste was!“ Werbung für die Soziale Marktwirtschaft*, Darmstadt 1999.

¹³⁹ Siehe Rudolf Burger, *Die Zeit der Reife. Zum Abschluß der österreichischen Nationsbildung*, in: *Transit. Europäische Revue*, (1995) 10, S. 59 ff.

¹⁴⁰ Gerald Stourzh, *Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewußtsein im 20. Jahrhundert*, Wien 1990, S. 49 f.

¹⁴¹ Siehe dazu auch Etienne François, *Meistererzählungen und Dammbüche. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zwischen Nationalisierung und Universalisierung*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Bd. 1, Mainz 2004, S. 13–28, S. 17 f.

Dietmar Süß

Erinnerungen an den Luftkrieg in Deutschland und Großbritannien

Kein anderer Aspekt des Krieges hat in den vergangenen Monaten größere mediale Aufmerksamkeit erhalten als der alliierte Luftkrieg gegen deutsche Städte: öffentlich-rechtliche Fernsehreportagen zur besten Sendezeit, eine Flut von neuen Büchern, Stadtchroniken, Gedenkfeierlichkeiten, Zeit-

zeugenerinnerungen – und jüngst der politisch umkämpfte Erinnerungsmarathon in Dresden!¹.

Dietmar Süß

Dr. phil., geb. 1973; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (IfZ); Lehrbeauftragter an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
IfZ, Leonrodstraße 46b,
80636 München.
suess@ifz-muenchen.de

Im Anschluss an das Buch von Jörg Friedrich² fügte sich die Debatte ein in eine allgemeine Konjunktur literarischer und publizistischer Arbei-

ten, die seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt nach den Erfahrungen und Verarbeitungsmustern von Luftkrieg, Flucht und Vertreibung, nach der deutschen Opferperspektive im Zweiten Weltkrieg fragten.³ Dabei war nicht nur bemerkenswert, dass diese Art der Auseinandersetzung um die moralische Legitimität des Luftkrieges die deutsche und britische Öffentlichkeit bewegte,⁴ sondern vor allem, auf welche Weise sie es tat, mit welchen Argumenten, Denkmustern und Begriffen. Schon frühzeitig ist dabei klar geworden, wie stark die Perzeption des Luftkrieges als „deutsches Tabu“ weniger präzise Beschreibung als vielmehr selbst Teil einer der unterschiedlichen Erzählungen war, in denen nach 1945 der alliierten Kriegführung gedacht wurde. Dabei geriet schnell in Vergessenheit, dass Deutschland trotz der hohen Opferzahl keinesfalls ein „Monopol“ auf die leidvolle Erfahrung von Bombennächten besaß. Das galt beispielsweise für Polen,

die UdSSR und insbesondere für Großbritannien. Dort spielte die Erinnerung an die Nächte in den Londoner U-Bahnschächten schon während des Krieges eine zentrale Rolle als nationaler Referenzpunkt, als Abgrenzungsstrategie gegenüber dem Kriegsgegner und als massenwirksames Mobilisierungselement.

Welche unterschiedlichen Deutungsmuster des Luftkrieges dominierten in der Nachkriegszeit in beiden Ländern und waren dabei besonders wirkungsmächtig? Um diese Frage zu beantworten, richtet sich der Blick weniger auf die vielfältigen lokalen Erinnerungsformen an dieser Stelle.⁵ Primär soll es um solche Erzählweisen gehen, die den diskursiven Rahmen absteckten, in dem an den Luftkrieg erinnert wurde, und damit die überwiegende Mehrheit der wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten seit Kriegsende prägten.

Die deutsche Meistererzählung vom Luftkrieg

Mit Jörg Friedrich hat die Geschichte des Luftkrieges ihren zugleich sprachgewaltigsten und problematischsten Vertreter gefunden. Seine Darstellung spannt einen weiten Bogen: von der militärtechnischen Entwicklung über die strategische Entscheidung für das „moral bombing“, von der Zerstörung deutscher Städte bis hin zur individuellen Verlust- und Leidensgeschichte der deutschen Bombenkriegsgeschädigten. Aus der Vielzahl lokaler Erinnerungsberichte, stadthistorischer Chroniken und Zeitzeugeninterviews komponiert Friedrich eine Geschichte des Luftkrieges, die sich nicht an der Bedeutung von Raum und Zeit, an

¹ Vgl. Lothar Kettenacker (Hrsg.), Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940–1945, Berlin 2003.

² Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.

³ Vgl. u. a. Klaus Naumann, An die Stelle der Anklage ist die Klage getreten. Kronzeugen der Opfergesellschaft? – In zahlreichen Buchveröffentlichungen melden sich die „Kriegskinder“ als eine neue Erinnerungsgemeinschaft zu Wort, in: Frankfurter Rundschau vom 14. 4. 2004.

⁴ Vgl. dazu unter anderem Correlli Barnett, Die Bombardierung Deutschlands war kein Kriegsverbrechen, in: L. Kettenacker (Anm. 1), S. 171–176.

⁵ Vgl. Malte Thießen, Gedenken an die „Operation Gomorrha“. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53 (2005) 1, S. 46–61.

systemstrukturellen Charakteristika der NS-Herrschaftsgeschichte, sondern an einem gleichsam naturgewaltigen und überzeitlichen „Totalen Krieg“ als Daseinsform orientiert.¹⁶

Friedrich inszeniert den Luftkrieg als Geschichte eines großen „Zivilisationsmassakers“, als Kampf zwischen dem schutzlosen deutschen „Zivil“¹⁷ und der alles Leben und Kultur zerstörenden Bombe. Einmal in Gang gesetzt, führt die Logik des Luftkrieges zur absoluten Vernichtung, aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Das Massaker ist die Folge, und betroffen waren davon, wie Friedrich meint, wehrlose „Volkskrieger“, bei denen es sich nach „bürgerlichem Verständnis“ um „ohnmächtig Erschlagene“ handelte.¹⁸ Die sprachliche Form, mit der Friedrich sein „Epos“ bewältigt,¹⁹ passt zur Massaker- und „Massenabschlachtung(s)“-Erzählung,¹⁰ für die er gezielt solche Begriffe benutzt, die bisher semantisch eng mit dem Holocaust und anderen NS-Gewaltverbrechen verbunden waren.

Über die Fragwürdigkeit dieser Interpretation lässt sich vieles sagen.¹¹ Bemerkenswert ist jedoch, dass Friedrichs Darstellung des Luftkrieges trotz ihrer Zuspitzung auf eine Reihe von Vorbildern zurückgreifen kann, deren Erzählstruktur in eine ähnliche Richtung weist. Der Bombenkrieg – das war in diesem Sinne der sinnlose Kampf gegen unschuldige deutsche Frauen und Kinder, ein barbarischer Vernichtungsexzess mit seinem Höhepunkt „Dresden“. In dieser Hinsicht war es nicht der deutsche Vernichtungskrieg im Osten, sondern der alliierte Luftkrieg, der den Schritt zur Brutalisierung des „Totalen Krieges“ markierte.¹²

¹⁶ Vgl. dazu vor allem Klaus Naumann, Bombenkrieg – Totaler Krieg – Massaker. Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ in der Diskussion, in: *Mittelweg* 36, 12 (2003) 4, S. 49–60.

¹⁷ Das „Zivil“ ist Friedrichs entpersonalisierter und enthistorisierter Begriff für „Zivil-Bevölkerung“.

¹⁸ J. Friedrich (Anm. 2), S. 408 f. und S. 377.

¹⁹ Martin Walser, Bombenkrieg als Epos, in: *Focus*, Nr. 50 vom 9. 12. 2002.

¹⁰ J. Friedrich (Anm. 2), S. 293.

¹¹ Ausführlich zur Kritik vgl. Dietmar Süß, „Massaker und Mongolensturm“. Anmerkungen zu Jörg Friedrichs umstrittenem Buch „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945“, in: *Historisches Jahrbuch*, 124 (2004), S. 521–543.

¹² Vgl. Jörg Arnold, Sammelbesprechung Bombenkrieg, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen?type=rezbuecher&cid=2861>.

Diese in unterschiedlichen Variationen äußerst einflussreiche Meistererzählung des Luftkrieges fand ihren frühesten, sogar staatlich sanktionierten Ausdruck in den „Dokumenten deutscher Kriegsschäden“, deren erster Band 1958 erschien.¹³ Das Großvorhaben stammte wie das Vertreibungs-Projekt aus dem Hause Theodor Oberländers,¹⁴ wobei der Impuls nicht aus dem Bundesministerium für „Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“, sondern vom Zentralverband der Fliegergeschädigten kam.¹⁵ Dabei ging es den Lobbyisten der Ausgebombten und Evakuierten um zweierlei: Sie wollten durch das editorische Projekt die eigene Opferrolle gewürdigt sehen, und sie wollten einen Hebel in die Hand bekommen, um rechtliche Ansprüche auf Entschädigung verlorenen Eigentums besser einklagen zu können. Im Mittelpunkt der Edition stand die Dokumentation des Lastenausgleichs, Regelungen für Entschädigungszahlungen von „Währungsgeschädigten“ sowie rechtliche Hilfen für Evakuierte.

Das Ministerium stellte dem Werk zwei Bände voraus, welche die historischen Hintergründe analysieren sollten: eine Geschichte des Luftkrieges und eine Aufstellung der erlittenen kulturellen, wohnungsbaulichen und finanziellen Verluste des Deutschen Reiches. So nüchtern der darstellende Teil über weite Strecken war, unübersehbar blieb dennoch, wen man auf deutscher Seite für den ersten Schritt zur Gewalt verantwortlich machte: Großbritannien, das die „bewusste Überleitung zu Angriffen auf nicht-militärische Ziele“ vollzogen habe. Und weiter hieß es: Dass Krieg und technischer Fortschritt für den Bombenkrieg verantwortlich seien, „dürfte feststehen – und daß jene ihn begannen und auf den Gipfel der Brutalität steigerten, die sich dem Gegner überlegen wähnten

¹³ *Dokumente Deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegssachgeschädigte, Währungsgeschädigte. Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung*, 5 Bde., hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, Bonn 1958 ff.

¹⁴ Vgl. Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 46 (1998), S. 345–389.

¹⁵ Vgl. BA Koblenz B 150/5654, Dokumentation deutscher Kriegsschäden, Schreiben vom 25. Februar 1960, Fiche 5.

oder überlegen waren, ist ebenfalls nicht zu leugnen“.¹⁶

Damit war die Schuldfrage aus deutscher Sicht beantwortet. Die Dokumentation beließ es nicht bei dieser Feststellung. In einem eigenen Band sammelte man Berichte der ausländischen Presse, die gleichsam als „objektives“ Korrektiv die hemmungslose Barbarei des Luftkrieges gegen Deutschland unterstreichen sollten. Ein weiterer Band enthielt Erfahrungsberichte von Betroffenen, Parteidienststellen und Behörden, die allesamt das Bild der solidarisch kämpfenden Schicksalsgemeinschaft bestätigten. Thematisiert wurde die persönliche Verlust- und Leidensgeschichte. Hinzu kam ein weiteres Motiv, das auch zahlreichen späteren Veröffentlichungen zur Luftkriegsgeschichte zugrunde lag: der „heldenhafte“ Abwehrkampf kommunaler Funktionsträger gegen die äußere Bedrohung.¹⁷ Am Beispiel der sprichwörtlichen gemeinsamen „Feuertaufe“ im Kampf gegen Brandbomben sollte gezeigt werden, dass die städtischen Verwaltungen letztlich alles getan hatten, um Schlimmeres zu verhindern. Daraus zog man ein gewisses Selbstvertrauen, ja Stolz auf die kollektive Leistung, die im Wiederaufbau ihre Fortsetzung fand.¹⁸ Gleichzeitig ermöglichte dieses Helden-Narrativ eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Denn er war, wenn man den Berichten kommunaler Funktionsträger glaubt, letztlich verantwortlich für die Missstände und Defizite des Zivilschutzes.

Generell spielt der Nationalsozialismus in den „Dokumenten deutscher Kriegsschäden“, wie auch in anderen Veröffentlichungen der sechziger und siebziger Jahre, allenfalls am Rande eine Rolle – und wenn, dann nur als Ursache von administrativem Chaos oder als schematisches Herrschaftsmodell, von dem man sich abgrenzen wollte. Dabei standen das

¹⁶ Dokumente deutscher Kriegsschäden (Anm. 13), Bd. 1, S. 68.

¹⁷ Vgl. u. a. Erich Hampe, *Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz*, Frankfurt/M. 1963.

¹⁸ Vgl. Thomas Kühne, *Die Viktimisierungsfälle. Wehrmachtverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs*, in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hrsg.), *Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik*, Opladen 2000, S. 183–196.

„deutsche Volk“ auf der einen sowie Hitler und die Nationalsozialisten auf der anderen Seite.

Die Kontinuitätslinien dieser Selbstviktimisierung bis zu Jörg Friedrich und dem aktuellen Erinnerungsboom sind mit Händen zu greifen: die Ausklammerung des Luftkrieges aus der Geschichte des NS-Regimes; die Reduzierung des Verhältnisses von Kommune und Partei auf das einer reinen Konfliktgeschichte; die Dominanz der Opfer- und Verlustgeschichte und die Wahrnehmung des Luftkrieges als ein im Kern barbarischer, gescheiterter alliierter Akt der Grenzüberschreitung im Vernichtungskampf des „Totalen Krieges“. Diese Interpretation prägte im Übrigen, wenn auch unter anderen Vorzeichen, ebenso die Wahrnehmung und offiziellen Deutungsmuster in der DDR. Dort gehörte der „angloamerikanische“ Luftkrieg gegen deutsche Städte zu einem zentralen und staatlich sanktionierten Topos der Weltkriegsgeschichte, der kaum Unterschiede zwischen Nationalsozialisten und Westalliierten machte.¹⁹

Von dieser Stoßrichtung war ein anderer großer Pfad der Luftkriegsgeschichte weitgehend frei. Die professionelle Militärgeschichte hat über viele Jahrzehnte hinweg wichtige Beiträge zur Geschichte von Strategie, Planung und Umsetzung des Luftkrieges geleistet.²⁰ Obwohl diese Perspektive zumeist auf die enge Binnenperspektive der Militärs beschränkt blieb, unterschieden sich die Studien doch von der dominierenden Opfererzählung oder von solchen Heldengeschichten, in denen der Einsatz der Luftwaffe als

¹⁹ Vgl. dazu Gilad Margalit, *Der Luftangriff auf Dresden. Seine Bedeutung für die Erinnerungspolitik der DDR und für die Herauskristallisierung einer historischen Kriegserinnerung im Westen*, in: Susanne Düwell/Mathias Schmidt (Hrsg.), *Narrative der Shoah. Repräsentationen der Vergangenheit in Historiographie, Kunst und Politik*, Paderborn u. a. 2002, S. 189–207; eine Ausnahme bildete Olaf Groehler, *Bombenkrieg gegen Deutschland*, Berlin 1990.

²⁰ Vgl. vor allem die Pionierstudien von Horst Boog, *Strategischer Luftkrieg in Europa und Reichsluftverteidigung 1943–1944*, in: ders./Gerhard Krebs/Detlef Vogel (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 7: *Das Deutsche Reich in der Defensive. Strategischer Luftkrieg in Europa, Krieg im Westen und in Ostasien 1943–1944/45*, Stuttgart 2001, S. 3–415; sehr ausgewogen Rolf-Dieter Müller, *Der Bombenkrieg 1939–1945. Unter Mitarbeit von Florian Huber und Johannes Eglau*, Berlin 2004.

identitätsstiftendes Abenteuerspiel männlich-übermütiger Piloten dargestellt wurde. Dagegen stand das Bemühen der seriösen Militärgeschichtsschreibung, die Geschichte des Luftkrieges in eine Geschichte des „Totalen Krieges“ zu integrieren.¹²¹

Gleichzeitig war in den siebziger und achtziger Jahren das Bemühen groß, die engen deutschen Forschungsgrenzen zu überwinden und vor allem mit angelsächsischen Wissenschaftlern ins Gespräch zu kommen.¹²² Zugleich half diese Perspektive, Legenden über Opferzahlen, Tieffliegerangriffe oder alliierte Motivlagen zu widerlegen.¹²³ Solche nüchternen und fakten gesättigten Rekonstruktionen gerieten leicht ins „Sperrfeuer“ langlebiger Ressentiments.¹²⁴ Dabei bestand die empirische Leistung zunächst in einer scheinbar einfachen Sache, der Auswertung aller vorhandenen Archivmaterialien unter der Perspektive: Wie kam es zu den Angriffen, welche Wirkungen hatten sie für eine Stadt? Hier waren historische Stadtchronisten am Werk, denen es nicht um Aufrechnung ging, sondern um die Empathie mit der Stadt und ihrem Schicksal. Das war keine Militärgeschichte im engeren Sinne, sondern der Versuch, Alltags-, Stadt- und Luftkriegsgeschichte zu verbinden – ein Leitmotiv, das zahlreiche in den achtziger Jahren entstandene Studien prägte, die einen deutlichen empirischen Gewinn erbrachten. Daran konnten spätere Forschungen anknüpfen, die zeigten, dass die NS-Gesellschaft im Krieg keineswegs „zivil“, sondern von einem radikalisierten Sozialutilitarismus geprägt war, der zu einer wachsenden Verschmelzung von Stadt- und Lagergesellschaft und einer fortschrei-

tenden Exklusion auch solcher sozialen Gruppen führte, die sich bis dahin als Teil der „Volksgemeinschaft“ fühlten.¹²⁵

Ganz unverkennbar entstand so ein Trend, den Luftkrieg als Geschichte des „kleinen Mannes“ zu erzählen, wohl auch als Folge der Debatte um die Alltagsgeschichte. So war die Frage nach der Erfahrungsgeschichte des Luftkrieges auch ein wichtiges Element des großen Oral-History-Projekts von Lutz Niethammer.¹²⁶ Die Zerstörung sozialer Strukturen und der gleichzeitige Bedeutungsgewinn familiärer und betrieblicher Netzwerke, die gleichsam letzten Elemente der Kontinuität in einer sich in Auflösung befindenden und extrem mobilisierten Kriegsgesellschaft, waren wichtige Momente einer Erfahrungsgeschichte des Bombenkrieges. Parallel wurden vor allem auf lokaler Ebene – angeregt durch regionale Medien – eine Flut von Zeitzeugenberichten gesammelt, die meist aus Anlass des Jahrestages eines schweren Angriffs und mit der Absicht lokaler Sinnstiftung entstanden.

In den fünfziger Jahren berichtete vor allem die Erwachsenengeneration von ihren Erlebnissen. Dabei waren es nicht selten die Lokalzeitungen, die dazu aufriefen, die Erinnerungen aufzuschreiben. Heute sind es zumeist die Kinder und Jugendlichen des Luftkrieges, die sich zu Wort melden. Die Sammlungen von Einzelgeschichten über Bombenangriffe, Evakuierungen und Flakhelferschicksale sind zum Teil sehr ähnlich angelegt: Zumeist unkommentiert aneinander gereiht, bündeln sie die Erinnerungsfragmente. Von Erlebnissen in den Luftschutzkellern, von Traumatisierungen, die auch nach mehr als 60 Jahren noch zu spüren sind und die Menschen an den Rand des Zusammenbruchs führten, von Verschüttungen und familiären Verlusten, vom Krieg als jugendli-

¹²¹ Vgl. Horst Boog, Das Ende des Bombenkrieges. Ein militärgeschichtlicher Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 45 (1995) 18–19, S. 10–21, hier S. 15 f.

¹²² Neuerdings kann man jedoch den Eindruck einer Rückkehr alter apologetischer Erzählmuster gewinnen. Darauf deuten jedenfalls Horst Boogs Invektiven gegen den „masochistischen, beinahe paranoid zu nennenden deutschen Zeitgeist“ hin; vgl. ders., Geschichtenerzähler aus der zweiten Reihe, in: Junge Freiheit vom 24. 9. 2004, S. 16.

¹²³ Vgl. u. a. Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg, Würzburg 1998².

¹²⁴ Wie z. B. Helmut Schnatz, Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit, Köln–Weimar–Wien 2000, oder Frederick Taylor, Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror?, München 2005.

¹²⁵ Vgl. Winfried Süß, Der „Vollkörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003.

¹²⁶ Vgl. Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3: „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin–Bonn 1985, S. 19–52, besonders S. 34 ff.

chem „Abenteuer“ bis hin zu genauen Beschreibungen der rassistischen Ausgrenzung und Hierarchisierung des Bunkerlebens reichen die Schilderungen.¹²⁷ Dabei wird in Umrissen deutlich, wie stark und nachhaltig die Endphase des Krieges nicht zuletzt die Lebensläufe vieler Frauen prägte, wobei die geschlechtergeschichtliche Dimension des Luftkrieges noch nicht einmal ansatzweise untersucht ist; der Luftkrieg ist noch immer die Geschichte des „kleinen Mannes“, nicht der „kleinen Frau“.

Die historische Erinnerung in Großbritannien

Selbst ohne eine vergleichbar große Zahl an Gedenkfeierlichkeiten hat das Genre der Erinnerungssammlungen an den Luftkrieg auch in Großbritannien einen erheblichen Stellenwert im öffentlichen Gedächtnis. Denn obwohl der Grad der Gewalterfahrung im Vergleich zu Deutschland zumindest in der letzten Kriegsphase sehr viel geringer war, wurde in Großbritannien die Erinnerung an den Luftkrieg dennoch zu einem zentralen Referenzsystem nationaler Selbstvergewisserung – wenn auch unter anderen Vorzeichen. Dabei überlagerte die individuelle Erfahrung des Luftkrieges rasch die Debatte um die moralische Legitimität der Bombenangriffe gegen deutsche Städte, die angesichts der Katastrophenbilder aus Dresden zu erheblichen Zweifeln an der Strategie des „Bomber Command“ in der letzten Kriegsphase geführt hatte.

An der Notwendigkeit der Bombardierung militärischer und industrieller Ziele hatten auch Kritiker wie der anglikanische Bischof von Chichester, George Bell, keinen Zweifel gelassen. Schließlich ging es darum, die Hitler-Barbarei zu besiegen. Doch gaben er und einige amerikanische Bischöfe zu bedenken, ob es angemessen war, ganze Städte dem Erdboden gleichzumachen.¹²⁸ Und auch im Unterhaus kam es im Frühjahr 1945 zu einer heftigen Attacke des Labour-Abgeordneten Ri-

¹²⁷ Vgl. u. a. Sven Felix Kellerhoff/Wieland Giebel (Hrsg.), *Als die Tage zu Nächten wurden. Berliner Schicksale im Luftkrieg*, Berlin 2003.

¹²⁸ Vgl. Stephan A. Garrett, *Ethics and airpower in World War II. The British bombing of German cities*, New York 1993.

chard Stokes gegen die Luftwaffenführung.¹²⁹ Vor allem die Bilder der Zerstörung Dresdens und die internationalen Reaktionen hatten einen tiefen Schatten auf das „Bomber Command“ geworfen, das angesichts der hohen Opferzahlen nun nicht mehr vorbehaltlos als Kämpfer gegen die Barbarei gefeiert wurde, sondern auf die moralische Anklagebank gesetzt zu werden drohte. Daran hatte nicht zuletzt die nationalsozialistische Propaganda erheblichen Anteil, die von den eigenen Verbrechen abzulenken versuchte, wenn sie die Methoden der alliierten Kriegsführung anprangerte. Trotz moralischer Zweifel und einer gewissen Verlegenheit, die mit dem Symbol „Dresden“ und mit Arthur Harris, dem Chef des „Bomber Command“, verbunden waren, überwog doch letztlich ein anderes Deutungsmuster, das die Angriffe als angemessene Antwort auf die Kriegsführung der nationalsozialistischen Diktatur interpretierte.¹³⁰ Legitimität bezog es aus der britischen Erfahrung als Opfer deutscher Luftangriffe und dem ebenso erfolgreichen wie stolzen Abwehrkampf der eigenen Streitkräfte.

Die Kriegserfahrungen der Jahre 1940/1941 bedeuteten mehr als nur einen Sieg in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.¹³¹ Es war die historische Stunde der Nation, als Großbritannien alleine stand und dem Tyrannen trotzte; „Britain’s finest hour“, in der aus der bis dahin zerklüfteten Klassengesellschaft gleichsam in den U-Bahnschächten ein neues, solidarisches Großbritannien und aus „einfachen“ Leuten Helden der Heimatfront geworden waren.¹³² So ähnlich deutete es die Labour-Regierung unter Clement Attlee, die den Zweiten Weltkrieg als Wendepunkt auf dem Weg zum modernen Wohlfahrtsstaat sah.¹³³ Der Luftkrieg erschien in dieser Interpretation als „Good War“, an dessen Ende Arbeiterklasse und Mittelschichten

¹²⁹ Vgl. Mark Connelly, *Reaching for the Stars. A New History of Bomber Command in World War II*, London 2001, S. 117.

¹³⁰ Vgl. Tom Harrison, *Mass-Observation Archive*, University of Sussex, File Reports, 2000, *Vengeance: public opinion about reprisal air raids on Germany*.

¹³¹ Vgl. Malcolm Smith, *Britain and 1940. History, Myth and Popular Memory*, London 2001, S. 111–129.

¹³² Vgl. Mark Connelly, *We can take it! Britain and the Memory of the Second World War*, London 2004, S. 54–94.

¹³³ Vgl. Martin Francis, *Ideas and Policies under Labour, 1945–51: Building a New Britain*, Manchester 1997.

ein „New Jerusalem“ aufbauen konnten – ein Land, in dem die Arbeitslosen nicht mehr wie noch in den dreißiger Jahren mit Hungermärschen das Elend auf die Straßen trugen, sondern das den breiten Konsum für alle Schichten durch politische und ökonomische Planung ermöglichte. Unterschiedliche Elemente verschmolzen zum wirkmächtigen „Mythos von 1940“: die Schlachten der britischen Kampfflieger über London gegen die deutsche Luftwaffe, die Erinnerung an die Bombenangriffe sowie die verlustreiche Evakuierung der von den Deutschen eingeschlossenen britischen Truppen aus Dünkirchen im Juni 1940.

Zahlreiche Filme knüpften in den vierziger und fünfziger Jahren an dieses Erzählmuster des „People’s War“ an und bedienten sich der Bilder, die bereits die Kriegspropaganda popularisiert hatte.³⁴ Dabei ging es nicht darum, nachträglich Legitimation für den Krieg zu stiften – dafür war der Konsens über den Kampf gegen Hitler zu umfassend und zu tief in der britischen Gesellschaft verankert. Deshalb spielte auch die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit der Flächenbombardements keine Rolle, galt sie doch bei allen Bedenken als notwendiges Übel und Antwort auf die Verbrechen der NS-Diktatur; und das umso mehr, je deutlicher die Umrisse des Holocausts in der Öffentlichkeit erkennbar wurden. „1940“ wurde zum Symbol für die Überlegenheit von „Britishness“, denn nur diese Mischung aus Mut, Entschlossenheit und individueller Pflichterfüllung hatte es möglich gemacht, dem Druck des deutschen Diktators auch zu einem Zeitpunkt standzuhalten, als das Empire allein auf sich gestellt war.

Diese Interpretation der Kriegs- und Luftkriegsgeschichte setzte andere Akzente als die „Sozialstaats-Triumphalisten“, die in den fünfziger und sechziger Jahren die Geschichte der Sozialpolitik und der Attlee-Regierung schrieben und zu den tonangebenden Interpretationen der Nachkriegszeit wurden.³⁵ Aus der

³⁴ Vgl. Geoff Eley, *Finding the People’s War: Film, British Collective Memory, and World War II*, in: *American Historical Review*, 106 (2001), S. 818–838.

³⁵ Vgl. José Harris, *Planung und „Modernisierung“: Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zukunftsvorstellungen in Großbritannien*, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hrsg.), *Politische Zäsuren und gesell-*

Sicht der Konservativen bedeutete der Krieg zunächst vor allem eines: den Beweis dafür, dass Großbritannien auch künftig eine zentrale Rolle im weltweiten Kampf gegen Diktaturen würde spielen können. Als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges sollte Großbritannien den Anspruch erheben, nicht nur den Ausbau der Vereinten Nationen zu steuern, sondern vor allem das Empire bzw. den Commonwealth als Bastion gegen die „Tyrannei“ zu stärken. „The Blitz“ erschien als Ausdruck und Gradmesser britischer Kontinuität und Stabilität in einer neuen Weltordnung, in der Großbritannien auf der Suche nach seiner Rolle im Konzert der Supermächte USA und UdSSR war. Bis weit in die sechziger Jahre hinein herrschte eine Deutung des Krieges, die Ausdruck des allgemeinen politischen Nachkriegskonsenses zwischen Labour und den Tories in wesentlichen Fragen der sozial- und wirtschaftspolitischen Neuordnung war und zugleich ein einheitliches Bild britischer Geschichte vermittelte.³⁶

Als in den späten sechziger Jahren die Kritik an der Konsenspolitik der Nachkriegsjahre lauter wurde und als angesichts sinkender Wachstumsraten und steigender Arbeitslosigkeit immer häufiger von der „englischen Krankheit“ die Rede war, gerieten auch die bestehenden Deutungsmuster des Krieges in die Kritik. Historiker wie Angus Calder machten deutlich, dass der „People’s War“ mitnichten alle sozialen Ungleichheiten eingeebnet hatte und der mystische Schleier, der sich über das Jahr „1940“ gelegt hatte, viele der ungelösten Probleme der Kriegszeit nur überdeckte.³⁷ Doch während diese Kritik auch auf die steckengebliebenen sozialstaatlichen Reformen der Labour Party zielte, ging es den Konservativen und seit Ende der siebziger Jahre vor allem Margaret Thatcher darum, die Erfahrungen des „Battle of Britain“ als Legitimationsquelle ihres antietatistischen Generalangriffs auf die Konsenspolitik der Nachkriegsjahre umzudeuten, wobei

schaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 125–136, hier S. 131.

³⁶ Zur Musealisierung des „Blitz“ vgl. vor allem Lucy Noakes, *Making Histories. Experiencing the Blitz in London’s Museums in the 1990s*, in: Martin Evans/Ken Lunn (Hrsg.), *War and Memory in the Twentieth Century*, Oxford 2000, S. 89–104.

³⁷ Vgl. Angus Calder, *The People’s War: Britain 1939–1945*, London 1969.

„Konsens“ aus ihrer Sicht nicht viel anderes meinte als den „sozialistischen Labour-Staat“ Großbritanniens.¹³⁸ Wohlfahrtsstaat und staatliche Planung, einst als Lernerfahrung des Krieges gepriesen, galten in ihren Augen als ökonomisches und moralisches Übel und waren verantwortlich für die Krise des Staates. Großbritannien müsse deshalb einen „Second Battle of Britain“ führen.¹³⁹ „1940“ sei es um den Kampf gegen den deutschen Tyrannen, die Verteidigung der freiheitlichen Rechte und um die Eigenverantwortung des Volkes, nicht um die Einführung der sozialistischen Staatsbürokratie gegangen – das war das geschichtspolitische Leitmotiv Thatchers, in das sie auch den Falkland-Krieg gegen die argentinische Militärjunta 1982 einfügte.

Dabei existiert schon seit Jahrzehnten ein Beispiel für eine andere Art von Erinnerungspolitik, für eine andere „Erzählung“ des Krieges, die ihren Ausgangspunkt in Coventry hatte. Am 14. November 1940 flog die deutsche Luftwaffe einen schweren Angriff gegen die Industriestadt und zerstörte dabei auch die mittelalterliche Kathedrale St. Michael. Doch anders als die britische Kriegspropaganda, die ihre Angriffe gegen deutsche Städte als Vergeltung für Coventry definierte, deutete der Dompropst von St. Michael, Richard Howard, das Schicksal seiner Kirche anders: Die Angriffe seien ein böses Verbrechen gewesen, so der Probst in seiner landesweit von der BBC übertragenen Predigt am ersten Weihnachtsfeiertag 1940. Jedoch habe die Kathedrale trotz der Zerstörung ihre Schönheit und Würde behalten. Christus sei in ihren Herzen wiedergeboren. Deshalb solle die Gemeinde versuchen, so schwer es ihr falle, alle Gedanken an Vergeltung zu verbannen und die Kirche wiederaufzubauen. Sobald der Krieg zu Ende und die Tyrannei besiegt sei, müsse es darum gehen, „to try to make a kinder, simpler – a more Christ-Child like sort of world“¹⁴⁰. Das waren mitten im

Krieg und angesichts der schwierigen militärischen Lage ungewöhnliche Töne. Im Zentrum dieser christlichen Versöhnungsinitiative stand die Botschaft von der Kreuzigung und Auferstehung Jesu Christi, die Howard nicht nur als Auftrag zum Wiederaufbau der Kathedrale, sondern auch als aktive Form der Friedensarbeit begriff.

Was das bedeutete, zeigte sich bereits unmittelbar nach Kriegsende. In der Weihnachtspredigt 1946 wandte sich Howard an einen katholischen Pfarrer im zerstörten Hamburg. Wenn er das Jesuskind sehe, fielen ihm zwei Dinge ein, die er seinem Gegenüber sagen möchte: „The First word is ‚Forgiveness‘ (. . .). The second word is this – ‚New Birth‘. Here in Coventry we have 20 000 new homes to build, a whole new city centre and a Cathedral to restore. Your task is even greater. But more important still, there is a new spirit to be born – new courage, new faith, new unselfishness, new pity for each other’s suffering, new family love and purity.“¹⁴¹ Im Zeichen dieses neuen Geistes vollzog sich der Neubau der Kathedrale, der selbst zum geschichtspolitischen Streitpunkt wurde.

Die Versöhnungsbotschaft, die von der neuen Kathedrale ausgehen sollte, war keineswegs unumstritten. Streit entzündete sich beispielsweise an den Plänen für die „Kapelle der Einheit“ – einen Teil der Kirche, der nicht dem Domkapitel, sondern dem „Christenrat von Coventry“ und damit allen Konfessionen unterstehen sollte. Für deren Bau warb die Gemeinde überall um Spenden, auch in Deutschland. Doch als Bundespräsident Theodor Heuss 1958 Geld für die Fenster der Kapelle spendete und sich auch Kanzler Konrad Adenauer am Fonds für den Wiederaufbau beteiligte, gab es vor allem in der konservativen Presse nicht wenige Stimmen, welche die deutschen Spenden als „Blutgeld“ bezeichneten.¹⁴²

Während viele bombardierte britische Städte vor allem die lokale Erinnerung an die

¹³⁸ Vgl. Dominik Geppert, Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979, München 2002, S. 95–144.

¹³⁹ Margaret Thatcher, *The Downing Street Years*, London, 1995, S. 155; vgl. ausführlich Thomas Noetzel, *Political Decadence? Aspects of Thatcherite Englishness*, in: *Journal for the Study of British Cultures*, 1 (1994) 2, S. 133–148.

¹⁴⁰ R. T. Howard, *Ruined and Rebuilt. The Story of Coventry Cathedral 1939–1962*, Letchworth 1962, S. 22.

¹⁴¹ Ebd., S. 87; vgl. auch Olaf Meyer, *Vom Leiden und Hoffen der Städte. Öffentliches Gedenken an die Kriegszerstörung in Dresden, Coventry, Warschau und St. Petersburg*, Hamburg 1996, S. 109.

¹⁴² R.T. Howard, S. 114; vgl. auch Theodor Heuss, *Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart, Tübingen 1970, S. 354–357.

Bombenangriffe wach hielten, setzte die starke anglikanische Kirchengemeinde auf den umfassenden, nationale Grenzen sprengenden christlichen Versöhnungsgedanken. Bereits 1960 entstand ein International Center of Reconciliation, das von Jugendlichen der „Aktion Sühnezeichen“ mit aufgebaut und vom EKD-Ratsvorsitzenden Otto Dibelius eingeweiht worden war. 1963, der Aufbau der Kathedrale war abgeschlossen, entstand im Anschluss an die stark debattierte Veröffentlichung von David Irving's Buch über die Bombardierung Dresdens^{I43} die Idee zu einer Initiative in die umgekehrte Richtung: Britische Freiwillige sollten sich am Wiederaufbau des im Luftkrieg zerstörten Diakonissen-Krankenhauses in Dresden beteiligen – eine Initiative, die nach schwierigen diplomatischen Verhandlungen und bürokratischen Hürden 1965 schließlich unter dem Dach der „Aktion Sühnezeichen“ verwirklicht werden konnte.^{I44}

Dies war der Auftakt für zahlreiche Gedenk- und Versöhnungsinitiativen der beiden (bereits seit 1956 offiziell verbundenen) Partnerstädte, die bis zur Spende des goldenen Turmkreuzes für die wiederaufgebaute Frauenkirche durch den British Dresden Trust im Sommer 2004 reichten.^{I45} Coventry stand nicht mehr allein für eine im Krieg schwer zerstörte Industriestadt in den Midlands, sondern war zu einem transnationalen ökumenischen Erinnerungsort geworden,^{I46} der an die

grausamen Folgen des Luftkrieges und die schwer belasteten deutsch-britischen Beziehungen erinnert hat und sich schließlich – im Zeichen des Nagelkreuzes von Coventry – die Versöhnung ehemaliger Feinde weltweit auf seine Fahnen schreibt.

Selbst ernannte Tabubrecher

Die Erinnerung an den Luftkrieg war in beiden Ländern sich wandelnden politischen Anpassungsprozessen unterworfen. Ähnlich wie in Großbritannien, wo die innere Zerrissenheit der Kriegsgesellschaft lange Zeit von der propagandistischen Inszenierung des „Mythos von 1940“ überwölbt wurde, diente der Luftkrieg in Deutschland der Konstruktion nationaler Identität, zu der neben der Täter- auch die Opferseite des Krieges gehören sollte. Wo dies dazu führte, verdrängte Traumata und die „Privatisierung der Kriegsfolgen“ offen zu legen, war und ist dies ein wichtiger Prozess der Erweiterung des kollektiven Gedächtnisses.^{I47}

Gleichzeitig scheint aber ein Prozess in Gang zu kommen, an dem sich vor allem selbst ernannte Tabubrecher beteiligen. Still-schweigend verschwindet dabei der nationalsozialistische Terror aus der deutschen Geschichte und geht in einem pseudo-anthropologischen Rasonieren über die Gesetze des Krieges im Allgemeinen und die deutschen Opfer im Besonderen auf. Dieser neue Berufsstand moderner Geschichtsdeuter hat derzeit Konjunktur – in Deutschland mehr als in Großbritannien.

^{I47} Vera Neumann, Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik – lebensgeschichtliche Erinnerungen, Münster 1999.

^{I43} Vgl. David Irving, *The Destruction of Dresden*, London 1963 (*Der Untergang Dresdens*, Gütersloh 1964); vgl. zu Irving, seinen antisemitischen Positionen und den von ihm überzogenen Opferzahlen: Richard Evans, *Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess*, Frankfurt/M.–New York 2001.

^{I44} Zur Vorgeschichte der „Aktion Sühnezeichen“ vgl. Christian Staffa, *Die „Aktion Sühnezeichen“*. Eine protestantische Initiative zu einer besonderen Art der Wiedergutmachung, in: Hans Günter Hockerts/Christiane Kuller (Hrsg.), *Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?*, München 2003, S. 139–156, S. 151 f.

^{I45} Zu den Schwierigkeiten und Hintergründen vgl. Marilyn Thomas, *Idealism as a Political Tool. The Coventry-Dresden Relationship 1963–1965*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *Britain and the GDR. Relations and Perceptions in a Divided World*, Berlin 2002, S. 305–324.

^{I46} Vgl. Stephan Goebel, *Coventry nach der „Coventrierung“*. Der Bombenkrieg im europäischen Gedächtnis, in: Heinz-Dietrich Löwe, *Europäische Stadt – europäische Identität*, Heidelberg 2005 (i. E.).

Wilfried Loth

Die Deutschlandplanung der Sieger

Was aus Deutschland werden sollte, bestimmten nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8./9. Mai 1945 die Siegermächte. Großbritannien, die Sowjetunion und die USA hatten den Sieg über das NS-Imperium gemeinsam errungen und entschieden, die Souveränität über Deutschland zusammen mit Frankreich als vierter Besatzungsmacht gemeinsam auszuüben. Angesichts des fundamentalen Gegensatzes zwischen Stalin'scher Mobilisierungsdiktatur und westlichen Demokratien ist oft darüber spekuliert worden, ob damit der Weg in die deutsche Teilung programmiert gewesen sei. Doch je näher man sich mit

Wilfried Loth

Dr. phil., geb. 1948; Professor für Neuere Geschichte an der Universität Duisburg-Essen. Historisches Institut, Universitätsstraße 12, 45117 Essen. wilfried.loth@uni-essen.de

den Planungen der Siegermächte und ihren Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands beschäftigt, desto deutlicher wird, dass die Intentionen der Sieger in eine ganz andere Richtung wiesen.¹

Teilungspläne

Schon während des Krieges lief die Diskussion der Alliierten über die Zukunft Deutschlands auf eine Aufteilung des Reiches hinaus. Die Wiederherstellung Österreichs als eigenständiger Staat und beträchtliche Gebietsabtretungen im Osten galten als selbstverständliche Kriegsziele. Darüber hinaus wurde eine Aufteilung des verbliebenen Reichsgebiets in mehrere unabhängige Einzelstaaten angestrebt. Nur ein solches *dismemberment* schien die Gewähr dafür zu bieten, dass sich ein besiegtes Deutschland nicht wieder zu einem bedrohlichen Machtfaktor entwickeln würde.

Hinsichtlich des Prinzips der Aufteilung gab es seit dem Beginn der britisch-sowjetischen Bündnisverhandlungen im Herbst 1941 eine grundsätzliche Verständigung zwischen Josef Stalin und Winston Churchill. Stalin ließ den britischen Premierminister am

21. November 1941 wissen, „dass Österreich als ein unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden müsse und Deutschland selbst, darunter auch Preußen, in eine Reihe mehr oder minder selbständiger Staaten zerlegt werden müsse, um eine künftige Garantie für Frieden und Ruhe der europäischen Staaten zu schaffen“². Churchill antwortete am 5. Dezember im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Iwan Majskij, die „Hauptaufgabe“ der Nachkriegsordnung bestehe darin, „ein für alle Mal die deutsche Gefahr zu beseitigen. Dazu sei eine vollständige Abrüstung Deutschlands wenigstens für die Dauer einer ganzen Generation ebenso erforderlich wie die Aufspaltung Deutschlands in einzelne Teile; insbesondere Preußen müsse von den übrigen Teilen Deutschlands getrennt werden.“³

Die Diskussion über die optimale Form der Aufteilung gelangte in Moskau im März 1944 zum Abschluss. Eine Kommission zur Beratung der Nachkriegsordnung unter dem Vorsitz des früheren Außenkommissars Maxim Litwinow verabschiedete ein Papier, das die Bildung von sieben Einzelstaaten vorsah: Preußen unter Abtretung von Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig; daneben ein rheinisch-westfälischer Staat sowie ein zweiter Nordstaat aus Hessen-Nassau, Hannover, Oldenburg und Bremen; dazu Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden als eigenständige Staaten.⁴

Bei der Vorbereitung der Konferenz von Jalta äußerte Außenkommissar Wjatscheslaw Molotow Bedenken, ob eine solch rigide Aufteilung bei den Westmächten durchzusetzen wäre. Litwinow empfahl, „von der ursprünglichen Disposition einer maximalen Aufgliederung aus[zu]gehen und dann, je nach Not-

¹ Die Erforschung der Deutschlandplanung der Siegermächte ist unterschiedlich weit gediehen. Eine moderne Gesamtdarstellung, die die Interaktionen zwischen den Siegermächten berücksichtigt, fehlt. Im Folgenden wird aus einer in Vorbereitung befindlichen größeren Studie zu diesem Thema zitiert.

² Molotow an Majskij, 21. 11. 1941, in: Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1, Berlin 2004, S. 11f.

³ Majskij an Molotow, 5. 12. 1941, ebd. S. 16–18.

⁴ Bericht „Zur Behandlung Deutschlands“, 9. 3. 1944, ebd. S. 333–364.

wendigkeit, Konzessionen [zu] machen“. Als Auffangposition schien ihm eine Vier-Staaten-Lösung vertretbar zu sein, die sich aus der Zusammenlegung nichtpreußischer Gebiete ergab. Der stellvertretende Außenkommissar Andrej Wyschinski meinte dagegen, dass es „angebrachter“ sei, von Anfang an eine Fünf-Staaten-Lösung vorzuschlagen.¹⁵ Eine Entscheidung zwischen den verschiedenen Varianten wurde nicht getroffen. Stalin entschied sich dafür, zunächst die Vorschläge der Verbündeten abzuwarten und dann auf der Grundlage der Empfehlungen der Litwinow-Kommission zu verhandeln. Gleich zu Beginn der Konferenz von Jalta, in der Sitzung vom 5. Februar 1945, drängte er darauf, in der Frage der Aufteilung „eine definitive Entscheidung zu treffen“.¹⁶

Churchills Vorstellungen liefen auf eine Dreiteilung Deutschlands hinaus. Zum einen sollte Preußen das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Westen und zusätzlich Gebiete im Osten verlieren, weil Preußen nach Churchills Auffassung das Land war, von dem der aggressive deutsche Militarismus seinen Ausgang genommen hatte. Er plädierte ferner für vollständige Abrüstung und Überwachung der industriellen Produktion. Zum anderen wollte er Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden und die Pfalz einer restituierten Donauföderation mit Österreich und Ungarn anschließen. Die Süddeutschen, so meinte er, waren weniger aggressiv und verdienten daher schonendere Behandlung; zusammen mit den Nachfahren der Habsburgermonarchie sollten sie ein Gegengewicht zu Preußen wie zur „Waffenschmiede“ des Reiches im Nordwesten bilden.¹⁷

Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hielt ebenfalls eine Aufteilung des Reiches für erforderlich. Auf der Konferenz von Teheran Ende November/Anfang De-

zember 1943 erklärte er, das Ruhrgebiet, das Saargebiet sowie der Nord-Ostsee-Kanal einschließlich der Städte Hamburg und Kiel sollten auf Dauer unter internationale Verwaltung gestellt werden; aus dem restlichen Gebiet sollten fünf autonome Staaten gebildet werden: Preußen, Hannover mit weiteren norddeutschen Gebieten, Sachsen, Hessen und Süddeutschland.¹⁸ Der Planungsstab des Treasury Department, für dessen Überlegungen Roosevelt viel Sympathie empfand, legte im September 1944 ein Programm vor, das die Pläne für internationale Mandatzonen dahingehend modifizierte, dass das Ruhrgebiet zusammen mit dem Rheinland eine solche Zone bilden sollte und der Nord-Ostsee-Kanal zusammen mit den nördlich davon gelegenen deutschen Territorien Ostpreußen und Oberschlesien sollten an die Sowjetunion und Polen abgetreten werden, das Saargebiet und die Rheinpfalz an Frankreich. Das restliche Deutschland sollte in einen Nord- und einen Südstaat aufgeteilt werden.¹⁹

Entscheidung für die Einheit

Allerdings erhoben sowohl die Experten des britischen Foreign Office als auch eine Mehrheit der Deutschland-Planer des amerikanischen State Department schwerwiegende Bedenken gegen die Aufteilungspläne: Die Aufteilung würde, so fürchteten sie, einen nationalen Revanchismus hervorrufen, der die gleichen aggressiven Kräfte freisetzen würde wie in der Vergangenheit. Die künstlichen Nachfolgestaaten des Reiches könnten nur mit Gewalt aufrecht erhalten werden, und außerdem seien sie wirtschaftlich nicht lebensfähig. Für angemessen hielten die Briten nur die Abtretung Ostpreußens und Oberschlesiens an Polen sowie eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets und des Nord-Ostsee-Kanals. Die Amerikaner setzten demgegenüber ganz auf die Integration der deutschen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft; Kontrollen sollten ihrer Überzeugung nach auf ein unerlässliches Mindestmaß beschränkt bleiben.¹⁰

¹⁸ Sitzung vom 1. 12. 1943, Foreign Relations of the United States [künftig: FRUS] 1943 Cairo and Tehran, S. 600–604.

¹⁹ Morgenthau Diary (Germany), Vol. I, Washington, D.C. 1967, S. 463–466.

¹⁰ Vgl. L. Kettenacker (Anm. 7), S. 165 f. u. 169–180; Carolyn Woods Eisenberg, Drawing the line. The

¹⁵ Notiz Molotows, 16. 1. 1945, ebd. S. 527; Wyschinski an Molotow, 17. 1. 1945, ebd. S. 524.

¹⁶ Britisches Protokoll der Sitzung vom 5. 2. 1945, in: Rolf Steininger (Hrsg.), Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1988, S. 286–290.

¹⁷ So seine Ausführungen auf der Konferenz von Teheran, referiert bei Lothar Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989, S. 234.

Churchill und Roosevelt hatten keine ausgearbeiteten Konzepte in der Tasche, als sie vom 4. bis zum 11. Februar 1945 in Jalta mit Stalin über die Nachkriegsordnung verhandelten. Der britische Außenminister Anthony Eden wollte sogar, um den Bedenken seiner Beamten Rechnung zu tragen, Entscheidungen in der Aufteilungsfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt bewusst vermeiden. Als Stalin verlangte, zumindest den Grundsatz der Aufteilung verbindlich zu beschließen, stimmten Churchill und Roosevelt zwar zu; Eden gelang es jedoch in der Beratung der Außenminister, eine Formulierung für die Kapitulationsurkunde durchzusetzen, die es offen ließ, ob die Siegermächte tatsächlich eine Aufteilung Deutschlands vornehmen würden. Es wurde beschlossen, „solche Maßnahmen“ anzukündigen, „einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und der Zerstückelung Deutschlands, wie sie es für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten“¹¹.

Als die Kommission zur weiteren Beratung der Aufteilungsfrage, die die „Großen Drei“ in Jalta eingesetzt hatten, Anfang März 1945 in London zusammentrat, weigerten sich die britischen Vertreter erneut, sich auf das Prinzip der Aufteilung festzulegen. Stalin schloss daraus, dass „die Engländer und die Amerikaner, die als erste die Frage der Aufgliederung Deutschlands aufwarfen, nunmehr die Verantwortung für die Aufgliederung auf die UdSSR abwälzen“ wollten, „um unseren Staat in den Augen der internationalen Öffentlichkeit anzuschwärzen“. Um ihnen diese Möglichkeit zu nehmen, wurde der sowjetische Vertreter in der Aufteilungskommission am 24. März 1945 angewiesen, die Aufteilung ebenfalls als lediglich „potentielle Perspektive für eine Druckausübung auf Deutschland“ zu relativieren.¹² Aufteilungspläne wurden daraufhin in der Kommission nicht mehr verhandelt.

Spätestens Anfang Mai wurde aus der Entscheidung der Sowjetführung, nicht mehr auf die Aufteilung Deutschlands zu drängen, ein offensives Eintreten für die Wahrung der Ein-

heit der bei Deutschland verbleibenden Gebiete. Am 9. Mai nutzte Stalin die offizielle Ansprache zur Kapitulation des Deutschen Reiches zu einem öffentlichen Bekenntnis zur deutschen Einheit: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, auch wenn sie sich nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“¹³ Den KPD-Führern erklärte er bei einer Instruktion über strategische Fragen am 4. Juni, es gelte, die „Einheit Deutschlands [zu] sichern“¹⁴.

Hinter diesem Positionswechsel stand nicht etwa die Hoffnung, nach dem erfolgreichen Vorstoß der Roten Armee bis nach Mitteldeutschland das ganze Land unter sowjetische Kontrolle bringen zu können. Stalin blieb nach Ausweis aller Quellen auch nach Kriegsende davon überzeugt, dass er zur definitiven Beseitigung der von Deutschland ausgehenden Gefahr auf die Kooperation mit den westlichen Verbündeten angewiesen war. Er fürchtete sogar, ähnlich wie Churchill, die amerikanischen Truppen könnten sich aus Deutschland zurückziehen, „bevor die Hauptaufgaben der Besatzung – die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands – vollendet“¹⁵ seien. Da die Verbündeten offensichtlich vor der Verwirklichung der Aufteilungspläne zurückschreckten, musste Stalin sie aufgeben. Die Alternative eines Bruchs mit den Alliierten war umso weniger akzeptabel, als dann jede Garantie für eine Beseitigung der Wurzeln des Nationalsozialismus in den westlichen Besatzungszonen fehlte und der Zugang zu den dringend benötigten Reparationen aus dem Ruhrgebiet versperrt war. Die Wahrung der Einheit Deutschlands stellte für Stalin die zweitbeste Lösung des deutschen Problems dar; sie musste auf jeden Fall gegen die Gefahr einer Allianz des amerikanischen mit dem deutschen „Imperialismus“ verteidigt werden, die er alsbald witterte.

American decision to divide Germany, 1944–1949, Cambridge–New York 1996, S. 20.

¹¹ FRUS Yalta, S. 656 f. u. 978.

¹² Molotow an Gusew 24. 3. 1945, in: J. P. Laufer/ G. P. Kynin (Anm. 2), Bd. 1, S. 555.

¹³ Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 219.

¹⁴ Sitzungsmitschrift von Wilhelm Pieck, veröffentlicht in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 50–53.

¹⁵ So die Formulierung in einem Telegramm des sowjetischen Botschafters in Washington, Nikolai Nowikow, vom 27. 9. 1946, zit. nach Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 26; weitere Belege ebd., S. 17–35.

Mit Stalins öffentlichem Bekenntnis zur deutschen Einheit waren die Aufteilungspläne vom Tisch. Harry S. Truman, der nach dem Tode Roosevelts am 12. April 1945 das amerikanische Präsidentenamt übernommen hatte, hielt noch einige Zeit an ihnen fest. Stalin ließ er Ende Mai mitteilen, dass er „der Aufgliederung Deutschlands zuneige“¹⁶. Bei der Vorbereitung der Konferenz von Potsdam konnten die Vertreter des State Department Einfluss auf den Präsidenten nehmen. Truman entschied, dass der Plan einer Abtrennung des Ruhrgebiets nicht weiter verfolgt werden sollte.¹⁷ Seither hatte nur noch Churchill die Aufteilung Deutschlands im Blick. Er musste jedoch feststellen, dass die Angelegenheit nicht mehr vorankam. Eden bemerkte in der zweiten Juliwoche, kurz vor Beginn der Konferenz von Potsdam: „Der Premierminister, der in der Vergangenheit immer die Aufteilung befürwortet hat, beklagt sich wahrscheinlich ein wenig darüber, dass wir noch nicht einmal in unserer eigenen Prüfung und Beantwortung der Frage Fortschritte gemacht haben.“¹⁸

Von den Aufteilungsplänen blieb nur die Abtretung der Ostgebiete. Ihr genauer Umfang blieb allerdings umstritten, da Stalin der kommunistisch dominierten provisorischen Regierung Polens nach heftigen Auseinandersetzungen über die Abtretung der deutschen Gebiete östlich der Oder auch die Gebiete zwischen Oder und Lausitzer Neiße zugestanden hatte. Churchill und Roosevelt sperrten sich gegen eine solche Ausdehnung des polnischen Staates auf ganz Schlesien und die daraus vermutlich resultierende erhebliche Ausweitung der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Folglich konnte in Jalta nur das Prinzip beschlossen werden, „dass Polen einen substantiellen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muss“. Zum Umfang dieser Erwerbungen sollte die Meinung der provisorischen polnischen Regierung gehört werden, und die „endgültige Festlegung der Westgrenze Polens“ sollte danach noch „bis zur Friedenskonferenz warten“.¹⁹ In der Sache hieß das, dass über den tatsächlichen

Grenzverlauf zwischen Deutschland und Polen im Wesentlichen zwischen der polnischen und der sowjetischen Regierung entschieden werden würde.

Nachdem die polnische Regierung beim Anspruch auf ganz Schlesien geblieben war, ging der amerikanische Außenminister James F. Byrnes auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945) auf die sowjetische Forderung nach Anerkennung der westlichen Neiße als Grenzlinie zwischen dem deutschen Besatzungsgebiet und Polen ein.²⁰ Sein britischer Kollege Ernest Bevin stimmte der neuen Grenzziehung in separaten Gesprächen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Boleslaw Bierut zu.²¹ Die Vereinbarung über die „Aussiedlung“ der deutschen Bevölkerung im Protokoll der Potsdamer Konferenz schloss die Gebiete ein, die jetzt nach übereinstimmender Auffassung der Alliierten unter polnischer Verwaltung standen. Der Friedensvertragsvorbehalt hinsichtlich dieser Gebiete war nur noch formaler Natur.

Demokratisierung

Die implizite Verständigung über die Aufgabe der Teilungspläne verstärkte den Gleichklang in der Frage der inneren Umgestaltung Deutschlands. Stalin zog aus der Notwendigkeit einer Fortsetzung der Kooperation mit den westlichen Alliierten den nahe liegenden Schluss, dass eine sozialistische Revolution im besiegten Deutschland nicht auf der Tagesordnung stand. Ein „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“, das die Moskauer Exilführung der KPD im Laufe des Jahres 1944 entwickelt hatte, durfte nicht veröffentlicht werden.²² Stattdessen wurde den Kadern der kommunistischen „Initiativgruppen“, die die Rote Armee bei der Übernahme ihres Besatzungsgebiets unterstützen sollten, vor ihrer Abreise aus Moskau im April 1945 erklärt, „die politische Aufgabe bestehe nicht darin, in Deutschland den Sozialismus zu verwirklichen oder eine sozialistische Entwicklung herbeiführen zu wollen.

¹⁶ So sein Sonderbotschafter Harry Hopkins im Gespräch mit Stalin am 28. 5. 1945, sowjetisches Protokoll in: J. P. Laufer/G. P. Kynin (Anm. 2), Bd. 2, Berlin 2004, S. 11–16.

¹⁷ FRUS Berlin II, S. 989.

¹⁸ Zit. n. L. Kettenacker (Anm. 7), S. 502.

¹⁹ FRUS Yalta, S. 974.

²⁰ FRUS Berlin II, S. 480 u. 485.

²¹ Documents on British policy overseas. Series I, Vol. 1: The Conference at Potsdam July-August 1945, London 1984, S. 976–980, 1003–1009, 1065–1068.

²² Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 99.

Dies müsse im Gegenteil als schädliche Tendenz verurteilt und bekämpft werden. Deutschland stehe vor einer bürgerlich-demokratischen Umgestaltung, die ihrem Inhalt und Wesen nach eine Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 sei. (...) Die Besatzungsmächte kämen nach Deutschland, um den Faschismus und Militarismus auszurotten und die notwendigen Maßnahmen für eine demokratische Wiedergeburt des deutschen Volkes zu treffen.“¹²³

Konzeptionell beruhte dieses Programm auf der Vorstellung, dass es möglich sein würde, die innere Ordnung der befreiten Länder an „den Prinzipien einer umfassenden Demokratie im Geiste der Volksfront“ auszurichten. Majskij, der diese Formulierung in einem Grundsatzmemorandum vom Januar 1944 prägte, nunmehr als stellvertretender Außenkommissar, sah eine solche Ordnung für alle befreiten Länder von Frankreich bis Polen vor. Für die Länder, in denen die Demokratie noch nicht über stabile Grundlagen verfügte, plädierte er für „verschiedenartige Maßnahmen von außen, d.h. in erster Linie von Seiten der UdSSR, der USA und Englands“, um ein „wahrhaft demokratisches System“ zu schaffen.¹²⁴ Eine Ausarbeitung der Kommission zur Beratung der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, die am 15. November 1944 fertiggestellt wurde, sah Deutschland als Teil einer „dritten, neutralen Sphäre“ in Europa, die von Norwegen bis Italien reichen sollte.

In der Überzeugung, „dass eine demokratische Staatsordnung der Länder eine der wesentlichsten Garantien für die Stabilität des Friedens“ ist,¹²⁵ stimmte die Sowjetführung mit den westlichen Regierungen überein. Es war daher keineswegs nur ein Formelkompromiss, dass sich die „Großen Drei“ in Potsdam auf eine „Vereinbarung über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze“ einigen konnten, die „für die Behandlung Deutschlands in der ersten Kontrollphase“ gelten sollten. Die britischen Planer hatten in den Entwurf, der auf eine amerikanische Vor-

lage vom März 1945 zurückging, vier Ziele aufnehmen lassen, von denen sich der Alliierte Kontrollrat leiten lassen sollte: vollständige Entwaffnung und Beseitigung oder Kontrolle der Rüstungsindustrie; Belehrung der Deutschen über ihre Verantwortung für die Kriegsfolgen; Beseitigung der NSDAP und Unterbindung jeglicher nationalsozialistischer und militaristischer Propaganda; ferner die Schaffung der „Grundlagen für einen Rechtsstaat in Deutschland und für die schließliche friedliche Mitarbeit im internationalen Leben“.¹²⁶ Das wurde von der sowjetischen Seite ebenso akzeptiert wie die Aufzählung der Elemente einer rechtsstaatlichen Ordnung: die Gewährung von Rede-, Presse- und Religionsfreiheit, die Achtung religiöser Einrichtungen und die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften.¹²⁷

Hinsichtlich der Organisation der Verwaltung und des politischen Lebens auf gesamtstaatlicher Ebene war es die sowjetische Seite, die für möglichst starke gesamtdeutsche Strukturen argumentierte. Während der amerikanische Entwurf vorsah, „vorläufig“ noch keine deutsche Zentralregierung zu errichten, beantragte Molotow die „Errichtung einer zentralen deutschen Verwaltung, bestehend aus Sekretären für verschiedene Verwaltungszweige“. Sie sollte unter der Leitung des Alliierten Kontrollrats arbeiten, die Tätigkeit der „Provinzialverwaltungen“ koordinieren und so die „Erfüllung der Beschlüsse des Kontrollrats und die Ausübung von Funktionen sicherstellen, die mit der Lösung von Problemen gesamtdeutschen Charakters verbunden sind“.¹²⁸ Da Bevin die Möglichkeit einer weitgehenden Dezentralisierung wahren wollte, wurde schließlich eine weniger kategorische Formulierung angenommen, wonach keine Zentralregierung errichtet, aber auf wichtigen Gebieten, insbesondere den schon von Molotow genannten Bereichen Außenhandel, Industrie, Finanz-, Transport- und Fernmeldewesen, „einzelne zentrale Verwaltungsbehörden“ geschaffen werden sollten.

¹²³ Notiert von Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Taschenbuchausgabe München 1969, S. 288 f.

¹²⁴ Majskij an Molotow 11. 1. 1944, in: J. P. Laufer/ G. P. Kynin (Anm. 2), Bd. 1, S. 244–271, hier S. 259.

¹²⁵ So Majskij in seinem Memorandum vom 11. 1. 1944, ebd., S. 259.

¹²⁶ Britische Fassung vom 11. 6. 1945, FRUS 1945, III, S. 521 f.

¹²⁷ Text der schließlich als Abschnitt III des Konferenz-Kommuniqués veröffentlichten Vereinbarung in FRUS Berlin II, S. 1502 ff.; zu den Verhandlungen in Potsdam Albrecht Tyrell, *Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941–1947*, Frankfurt/M. 1987, S. 330–344.

¹²⁸ FRUS Berlin II, S. 824.

Trotz dieser Abschwächung war eine Grundlage für einen gemeinsamen Aufbau einer demokratischen Ordnung im besetzten Deutschland durch die Siegermächte geschaffen worden. Das gilt umso mehr, als in Potsdam auch eine weitgehende Einigung über die wirtschaftlichen Grundsätze gelang, die für die Behandlung Deutschlands gelten sollten. Man vereinbarte Richtlinien zur industriellen Abrüstung, zur Dezentralisierung der Wirtschaft durch die Zerschlagung von Kartellen, Syndikaten und Trusts, zur Umorientierung auf die Entwicklung der Landwirtschaft und einen industriellen Eigenbedarf für Friedenszwecke, zur Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit und zu den Zwecken der gemeinsamen Kontrolle der Wirtschaft durch die Besatzungsmächte. Dabei wurde festgehalten, dass der Lebensstandard der Deutschen dem Durchschnittsstandard aller europäischen Länder mit Ausnahme Großbritanniens und der Sowjetunion entsprechen sollte. Schließlich wurde vereinbart, unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung des Transportwesens, zur Steigerung der Kohleförderung und der landwirtschaftlichen Produktion sowie zur Instandsetzung von Wohnungen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen zu ergreifen.¹²⁹

Bruchstellen

Der Konsens in der Frage der Demokratisierung Deutschlands war insofern oberflächlich, als die sowjetischen Führer und ihre Administratoren über keinerlei praktische Erfahrung mit dem Leben in einer Demokratie verfügten. Die Etablierung einer demokratischen Ordnung von außen, ohnehin ein schwieriges Unterfangen, war für sie daher noch schwerer zu realisieren als für ihre westlichen Verbündeten. Die sowjetischen Planer stellten zwar fest, dass die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes „eine im höchsten Maße heikle Angelegenheit“ darstelle;¹³⁰ die Kapitel „Schaffung eines demokratischen Regimes in Deutschland“ und „Umerziehung des deutschen Volkes“ in dem grundlegenden Memorandum zur Behandlung Deutschlands vom 9. März 1944 blieben

¹²⁹ Zu den Verhandlungen über diese Fragen vgl. A. Tyrell (Anm. 27), S. 563–572.

¹³⁰ So Majskij an Molotow 11. 1. 1944, in: J. P. Laufer/ G. P. Kynin (Anm. 2), Bd. 1, S. 242.

jedoch unausgeführt.¹³¹ Stattdessen wies Stalin ausgerechnet den deutschen Kommunisten und einer noch zu schaffenden „Partei der Werktätigen“ nach marxistischem Klassenverständnis im Juni 1945 eine zentrale Rolle bei der Wahrung der deutschen Einheit und der „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution“ zu.¹³²

Zudem zeigten sich erhebliche Divergenzen zwischen den Alliierten hinsichtlich der von Deutschland zu leistenden Reparationen. Die Sowjetführung präsentierte in Jalta die Forderung nach Demontagen von Industrieanlagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion in Höhe von jeweils zehn Milliarden US-Dollar (in Preisen von 1938) in einem Zeitraum von zehn Jahren. Die Hälfte davon sollte an die Sowjetunion gehen.¹³³ Angesichts der immensen Kriegszerstörungen, die sich nach amerikanischen Schätzungen auf 35,7 Milliarden Dollar beliefen (nach eigenen Berechnungen auf 128 Milliarden Dollar),¹³⁴ schien das eine vertretbare Forderung zu sein. In Moskau meinte man, dass sie die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht über Gebühr belasten würde. Roosevelt stimmte nach eingehender Befassung mit dem Vorschlag überein, „die Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar als Grundlage für die Diskussion in der Reparationskommission festzuhalten“ und die Hälfte dieser Summe der Sowjetunion zuzuweisen.¹³⁵

Die britische Führung befürchtete jedoch, dass die geforderten Summen die deutsche Leistungsfähigkeit überstiegen, und verweigerte in Jalta ihre Zustimmung. Unter dem Eindruck der Kriegszerstörungen im befreiten Europa griff diese Befürchtung im Sommer 1945 auch auf die amerikanische Führung über. Als die Reparationskommission Ende Juni zusammentrat, distanzierte sich der amerikanische Delegationsleiter Edwin B. Pauley von Roosevelts Zusage und beharrte auf dem Vorrang der Finanzierung von notwendigen Importen vor eventuellen Repa-

¹³¹ Ebd. S. 364.

¹³² „Im Mittelpunkt Einheitliche Partei“, notierte Pieck bei der Unterredung vom 4. 6. 1945; R. Badstübner/W. Loth (Anm. 14), S. 50.

¹³³ FRUS Yalta, S. 620 f. u. 630 f.

¹³⁴ Vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1945*, Neuausgabe München 2000, S. 87.

¹³⁵ FRUS Yalta, S. 901 f. u. 978 f.

rationslieferungen.¹³⁶ Auf Molotows Kompromissangebot in Potsdam, der Kontrollrat könne im Falle der geringer Produktion über eine Kürzung der Reparationsleistungen und den Vorrang von Importfinanzierungen beschließen, gingen die beiden westlichen Außenminister nicht ein.¹³⁷

Stattdessen setzten sie eine provisorische Reparationsregelung durch, die auf eine Ost-West-Teilung des Besatzungsgebiets hinauslief. Über die Höhe der insgesamt von Deutschland zu leistenden Reparationen wurde dabei noch nicht befunden. Die Feststellung des Umfangs der Demontagen wurde um ein halbes Jahr verschoben. Vereinbart wurde nur, dass die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche sowie die Ansprüche Polens durch Entnahmen aus der SBZ und durch Zugriff auf deutsches Auslandsguthaben im Osten befriedigen sollte. Die westlichen Besatzungszonen und das entsprechende Auslandsguthaben sollten für Ansprüche der USA, Großbritanniens und weiterer berechtigter Länder zur Verfügung stehen. Außerdem sollte die Sowjetunion innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren zehn Prozent der industriellen Ausrüstung der Westzonen erhalten, die als „für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig“ angesehen wurde, und in einem Zeitraum von zwei Jahren weitere 15 Prozent gegen entsprechende Lieferungen von Nahrungsmitteln und anderen Produkten. Das letzte Wort bei der Definition des deutschen Bedarfs in Friedenszeiten sollten die Zonenkommandeure haben.¹³⁸ Obwohl beschlossen worden war, das Besatzungsgebiet grundsätzlich als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, wurde damit einer separaten Organisation des Wirtschaftslebens in der sowjetischen Zone einerseits und den drei westlichen Besatzungszonen andererseits Vorschub geleistet.

Schließlich krankten die Potsdamer Vereinbarungen daran, dass die Franzosen nicht beteiligt waren. Frankreich war von Churchill in Jalta als vierte Besatzungsmacht durchgesetzt worden, um den Mangel an Besatzungstreitkräften auszugleichen, der bei einem Abzug der Amerikaner drohte, und um ein

militärisches Gegengewicht zur Roten Armee in Europa zu schaffen. Daraus hatte jedoch keine der drei Siegermächte den Schluss gezogen, dass die französische Regierung an den grundlegenden Entscheidungen über die Nachkriegsordnung Europas zu beteiligen wäre. Selbst Churchill war nicht auf die Idee gekommen, den französischen Regierungschef zur Konferenz von Potsdam einzuladen.

Das erwies sich insofern als verhängnisvoll, als die provisorische Regierung der Französischen Republik unter General de Gaulle sogleich nach der Bekanntgabe der Konferenzergebnisse erklärte, dass Frankreich als Mitglied des Alliierten Kontrollrats der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen erst dann zustimmen werde, wenn das Ruhrgebiet, das Saargebiet und das Rheinland zuvor in der gleichen Weise vom Besatzungsgebiet abgetrennt würden wie die Gebiete östlich von Oder und Neiße.¹³⁹ De Gaulle hielt es im Interesse der Sicherheit Frankreichs für notwendig, dass das Ruhrgebiet und das Rheinland „vom Rest Deutschlands in der Weise getrennt werden, dass ihre Bewohner wissen, dass ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt“. Um seine Ziele zumindest langfristig zu erreichen, nutzte de Gaulle die französische Vetomacht im Kontrollrat, um die Verwirklichung des Beschlusses zur Errichtung deutscher Zentralverwaltungen zu blockieren.¹⁴⁰

Die Schwächen der Potsdamer Vereinbarungen ändern jedoch nichts daran, dass ihre Autoren sie zu verwirklichen gedachten. Die Siegermächte hatten zu jener Zeit eine gemeinsame Zukunft des im Osten territorial reduzierten deutschen Staates im Sinn. Dass es ihnen nicht gelang, sie durchzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. 1945 war die Zukunft Deutschlands grundsätzlich noch offen.

¹³⁹ Erklärung vom 7. 8. 1945, FRUS Berlin II, S. 1551–1555; de Gaulle im Gespräch mit Truman 22. u. 24. 8. 1945, FRUS 1945, IV, S. 709–725.

¹⁴⁰ Vgl. seine Ausführungen im Gespräch mit seinen führenden außenpolitischen Mitarbeitern am 8. 10. 1945, veröffentlicht bei R. Steininger (Anm. 6), S. 340 f.

¹³⁶ Vgl. A. Tyrell (Anm. 27), S. 553–563.

¹³⁷ FRUS Berlin II, S. 278–281 u. 811.

¹³⁸ Artikel IV des Potsdamer Kommuniqués, FRUS Berlin II, S. 1505 f.

Ingvill C. Mochmann ·
Stein Ugelvik Larsen

Kriegskinder in Europa

In ihren Heimatländern waren sie als Deutsche verpönt und wurden zusammen mit ihren Müttern aus der Gesellschaft ausgestoßen. In Deutschland hat kaum jemand von ihnen gehört – von den hunderttausenden Kindern, die von deutschen Soldaten in den während des Zweiten Weltkriegs okkupierten Gebieten mit einheimischen Frauen gezeugt wurden. Heute sind diese Kinder zwischen

60 und 65 Jahre alt und blicken mit gemischten Gefühlen auf die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Einerseits fühlen sich viele von ihnen eng mit ihrem Heimatland verbunden, andererseits ist vielen von Geburt an in ihrer Gemeinschaft und Gesellschaft vermittelt worden, sie seien unerwünscht. Oder, wie es ein norwegisches Kriegskind¹ zum Ausdruck

brachte: „Die Wahrnehmung, das Gemeinste auf dieser Erde zu sein, was es geben könnte, hat mir als Kind viele dunkle Stunden bereitet.“²

Überall, wo deutsche Soldaten stationiert waren, wurden Beziehungen eingegangen und Kinder gezeugt. Über Zahlen kann man nur spekulieren, da viele Frauen ihre Schwangerschaft verschwiegen oder die Identität des Vaters aus Angst vor Rache und Repressalien verheimlichten. Es gibt wenige verlässliche Angaben über die Anzahl der Wehrmachtskinder. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 10 000 und 12 000 Kinder deutscher Soldaten in Norwegen, 6 000 in Dänemark, 40 000 in Belgien, 50 000 in den Niederlan-

den, 800 auf Jersey und bis zu 200 000 in Frankreich geboren wurden, wobei anzunehmen ist, dass diese Zahlen als Minimum gelten.³ Dazu kommen Kinder in Italien, der ehemaligen Sowjetunion, in osteuropäischen Ländern und anderen Kriegsgebieten.⁴

Über die Schicksale der Mütter und ihrer Kinder ist wenig bekannt. In der ersten Zeit nach der Befreiung wurden vielen Frauen, die sich mit deutschen Soldaten eingelassen hatten – die so genannten *Tyskertøs* (Deutschenflittchen) in Norwegen oder die *Moffenmeiden* in den Niederlanden –, von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Köpfe kahl geschoren und mit oder ohne Kinder durch die Straßen gejagt. Auch persönliche Diffamierungen und sogar Vergewaltigungen kamen vor.⁵ Nach den ersten Nachkriegsjah-

Ingvill C. Mochmann
Dr. rer. soc., geb. 1969; wissenschaftliche Mitarbeiterin beim ZA-EUROLAB, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.
Bachemer Straße 40,
50931 Köln.
ingvill.mochmann@za.uni-koeln.de

Stein Ugelvik Larsen
geb. 1938; Professor für Vergleichende Politikwissenschaften, Universität Bergen.
Christiesgate 15, 5007 Bergen/
Norwegen.
stein.larsen@isp.uib.no

¹ In der deutschen Sprache wird als „Kriegskind“ normalerweise jedes Kind bezeichnet, das in Kriegzeiten aufwächst; mit „Besatzungskind“ werden meist Kinder deutscher Mütter mit alliierten Soldaten in Nachkriegsdeutschland bezeichnet. Ebba D. Drolshagen verwendet den Begriff „Wehrmachtskind“ für die Nachkommen der Wehrmachtssoldaten: Wehrmachtskinder. Auf der Suche nach dem nie gekannten Vater, München 2005, S. 13. In diesem Beitrag sollen als „Kriegskinder“ alle Kinder bezeichnet werden, die aus einer Beziehung zwischen einem ausländischen Soldaten und einer Einheimischen hervorgegangen sind.

² Die Ergebnisse beruhen auf einer vergleichenden Befragung von Kriegskindern unter Leitung von Stein Ugelvik Larsen, Universität Bergen/Norwegen. Aus der Befragung stammen auch die übrigen direkten Zitate.

³ Vgl. Ebba D. Drolshagen, Schattendasein der Feindeskinder. Die Nachkommen der Wehrmachtssoldaten in den ehemals besetzten Ländern, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17. 1. 2004.

⁴ Vgl. Michael Foedrowitz, Deutsch-polnische Kriegskinder, sowie Alexander Latotzky, Kindheit hinter Stacheldraht. Bericht eines sowjetischen Soldaten und einer deutschen Mutter. Beide Beiträge in: The War and Children Identity Project (WCIP), The War Children of the World Report, Report 2, Bergen 2003, S. 84–97.

⁵ Vgl. u. a. Anette Warring, Tyskerpiger. Under besættelse og retsopgør, Kopenhagen 1994; Ebba D. Drolshagen, Nicht ungeschoren davongekommen. Das Schicksal der Frauen in den besetzten Ländern, die Wehrmachtssoldaten liebten, Hamburg 1998; Fabrice Virgili, Shorn Women. Gender and Punishment in Liberation France, London 2002; Katja Happe, „Moffenmeiden“. Der Umgang mit Kollaborateuren in den Niederlanden nach 1945, in: Norbert Fasse/Johannes Howink ten Cate/Horst Lademacher (Hrsg.), Nationalistische Herrschaft und Besatzungszeit. Historische Erfahrung und Verarbeitung aus niederländischer und deutscher Sicht, Münster 2000, S. 405–416.

ren rückte das Thema mehr und mehr in den Hintergrund, und die Kinder und ihre Mütter wurden, gesellschaftlich stigmatisiert, sich selbst überlassen – jahrzehntelang.

In diesem Beitrag sollen drei Bereiche angesprochen werden. Wie sind die europäischen Gesellschaften mit dem Problem „Kriegskinder“ in der Nachkriegszeit umgegangen? Hier soll Norwegen als Beispiel dienen, da es momentan das Land ist, in dem dieses Thema am intensivsten aufgearbeitet worden ist. Des Weiteren sollen Ergebnisse einer Umfrage unter Kriegskindern in Dänemark und zum Teil auch in Norwegen vorgestellt werden, vor allem hinsichtlich der Frage nach der Identität. Schließlich soll auf die weltweite Dimension des Themas eingegangen werden.

Kriegskinder in der Nachkriegszeit

Mitte der achtziger Jahre meldeten sich erstmals norwegische Kriegskinder zu Wort und berichteten von ihrem teilweise verheerenden Lebensweg. 1986 wurde der norwegische Kriegskindverbund gegründet, ähnliche Vereine folgten in anderen ehemals besetzten Ländern. Mühsam beginnen auch Kriegskinder aus anderen Ländern wie Dänemark und Frankreich, ihre Lebensgeschichten zu erzählen.¹⁶

Norwegen ist das Land, das am weitesten mit der Aufarbeitung der Lebensschicksale der Kriegskinder und deren Behandlung durch den Staat und seine Bürgerinnen und Bürger vorangeschritten ist. Ende der neunziger Jahre hat das norwegische Sozialministerium ein Forschungsprojekt ins Leben gerufen, dessen erste Teilergebnisse inzwischen vorliegen. Zudem hat die Regierung finanzielle Entschädigung für die Kriegskinder zugesagt, um deren Höhe jedoch noch heftig debattiert wird.¹⁷ So sieht der vorläufige Entwurf vom 18. März 2005 u. a. vor, dass der

Anspruch auf 20 000 norwegische Kronen (etwa 2 500 €) begrenzt sein soll, wenn keine Beweise vorgelegt werden können, dass die jeweiligen Kriegskinder besonders unter ihrem Schicksal gelitten haben. Doch das ist nur in wenigen Fällen möglich, gibt es doch meist keine ärztlichen Gutachten oder sonstige Dokumente, mit denen die Leiden auf familiärer, schulischer, sozialer und politischer Ebene belegt werden können. Die Kriegskinder und ihre Interessenorganisationen empfinden diese Entschädigung daher als viel zu gering, zumal Forschungsergebnisse zeigen, dass viele erheblich schwierigere ökonomische Ausgangsbedingungen hatten als andere und dass der norwegische Staat daran eine Mitschuld trug.¹⁸ So wurde es jahrelang unterlassen, Unterhaltspflicht von deutschen Vätern einzufordern. Als spät, erst 1957, das Gesetz über eine Vorschussauszahlung des Kindesunterhalts in Kraft trat, waren die meisten der betroffenen Kinder schon aus Altersgründen nicht mehr bezugsberechtigt. Des Weiteren war das Kindergeldgesetz so formuliert, dass viele Kriegskinder von der Berücksichtigung ausgeschlossen wurden.

Es ist schwer zu sagen, ob der norwegische Umgang mit den Kriegskindern im Vergleich zu dem in anderen Ländern besonders diskriminierend war. Die Auswertung historischer Dokumente belegt zumindest einige spezielle Einstellungen in Wissenschaft und Politik nach der Befreiung.¹⁹ So wurden die Kinder als Deutsche betrachtet, obwohl die meisten die norwegische Staatsbürgerschaft hatten. Kurz nach Kriegsende wurde ein Kriegskindausschuss gegründet, um zu entscheiden, was mit dem ungeliebten Nachwuchs passieren sollte. Dabei wurde auch die Überlegung ins Auge gefasst, inwieweit die Kinder nach Deutschland oder in ein anderes Land abgeschoben werden könnten, u. a. nach Australien. Andererseits wurden Kinder, die bereits während des Krieges in Deutschland adop-

mer og kvener, St.meld. nr. 44, 2003–2004, und Innst. S. nr. 152 (2004–2005), 18. 3. 2005.

¹⁸ Vgl. Lars Borgersrud, Staten og krigsbarna. En historisk undersøkelse av statsmyndigheternes behandling av krigsbarna i de første etterkrigsårene, Oslo 2004, S. 413.

¹⁹ Vgl. Stein Ugelvik Larsen (Hrsg.), I krigens kjølevann, Oslo 1999; K. Olsen (Anm. 6); Eva Simonsen/Kjersti Ericsson, Krigsbarn i fredstid. Sosialpolitiske og profesjonelle føringer i synet på tysk-norske krigsbarn 1945–47, Oslo 2004; L. Borgersrud (Anm. 8).

¹⁶ Vgl. u. a. Per Arne Löhr Meek, Lebensborn 6210, Kristiansund 2002; Kåre Olsen, Vater: Deutscher. Das Schicksal der norwegischen Lebensbornkinder und ihrer Mütter von 1940 bis heute, Frankfurt/M. 2002; Arne Øland, Horeunger og helligdage – tyskerbørns beretninger, Kopenhagen 2001; Jean-Paul Picaper/Ludwig Norz, *Enfant maudit*, Paris 2004.

¹⁷ Vgl. Det Kongelige Justis- og Politidepartement, Erstatningsordning for krigsbarn og erstatningsordning for romanifolk/tatere og eldre utdanningslidende sa-

tiert worden waren, teilweise mit Zwang nach Norwegen zurückgeholt, während andere Kinder und ihre Mütter ausgebürgert wurden und nach Deutschland geschickt werden sollten. Kinder, die bei Kriegsende in Heimen des „Lebensborns“ lebten und nicht bei ihren Müttern oder anderen Verwandten untergebracht werden konnten oder adoptiert wurden, kamen in Heime. Darunter waren auch einige, die in psychiatrischen Anstalten platziert wurden, ohne als „geisteskrank“ diagnostiziert worden zu sein.

Auf dem Höhepunkt des Krieges waren etwa 400 000 deutsche Soldaten in Norwegen stationiert.¹⁰ Richtlinien legten fest, wie sich die deutschen Soldaten den Einheimischen gegenüber zu verhalten hatten. Darin wurde betont, dass Norwegen kein Feindesland sei, sondern dass die Deutschen im Lande seien, um es zu beschützen.¹¹ Da Norwegerinnen in der NS-Ideologie als „arisch“ und damit als „hochwertig“ galten, wurden Beziehungen zwischen deutschen Soldaten und Norwegerinnen vom NS-Regime unterstützt und Heime des „Lebensborns“ zur Unterbringung von Müttern und Kindern eingerichtet.¹² Bis kurz vor Kriegsende wurden von der deutschen Besatzung Statistiken geführt und Akten erstellt, in denen die Identität der Eltern festgehalten wurde. Diese werden im norwegischen Reichsarchiv aufbewahrt und wurden 1986 zur Einsicht geöffnet, als in Norwegen ein neues Adoptionsrecht verabschiedet wurde, nach dem jeder Bürger ein Recht haben sollte zu erfahren, wer seine leiblichen Eltern sind.¹³

Auf Basis der „Lebensborn“- und Personalnummern konnten norwegische Kriegskinder identifiziert und deren Lebensverlauf untersucht werden.¹⁴ Die Ergebnisse zeigen ein differenziertes Bild der Lebensbedin-

¹⁰ Vgl. L. Borgersrud (Anm. 8), S. 20.

¹¹ Vgl. Dorothee Schmitz-Köster, *Der Krieg meines Vaters. Als deutscher Soldat in Norwegen*, Berlin 2004, S. 63.

¹² Vgl. u. a. Georg Lilienthal, *Der Lebensborn e. V. Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik*, Frankfurt/M. 1993.

¹³ Vgl. K. Olsen (Anm. 6), S. 367. Erst Mitte der neunziger Jahre bekamen auch adoptierte Kriegskinder sowie Kinder, deren Väter rechtlich nicht festgesetzt worden waren, Einsicht in ihre Akten.

¹⁴ Zu den ausführlichen Ergebnissen sowie methodischen Details dieser Untersuchung siehe Dag Ellingsen, *Krigsbarns levekår. En registerbasert undersø-*

gungen. Einerseits weisen die norwegischen Kriegskinder im Vergleich zu Gleichaltrigen einen höheren Anteil von Selbstmorden und Tod durch Herzkrankheiten auf. Auch ist der Anteil derjenigen, die relativ früh berufs unfähig geworden sind, höher. Einkommen und Bildung sind niedriger als bei Gleichaltrigen. Die Ergebnisse weisen jedoch andererseits auch auf Ähnlichkeiten mit vergleichbaren Altersgruppen hin. Viele Kriegskinder scheinen wie der Durchschnitt der Bevölkerung gelebt zu haben: normale Bildung, durchschnittliches Einkommen, verheiratet, mit Kindern.¹⁵

Die Suche nach der eigenen Identität

Es ist unmöglich, subjektive Erlebnisse und Gefühle allein mittels objektiver Daten zu beschreiben. Aus diesem Grund hat eine internationale Forschergruppe Umfragen unter Kriegskindern in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden durchgeführt. Erste Ergebnisse hauptsächlich auf Basis der dänischen Umfrage sollen im Folgenden präsentiert werden.¹⁶

kelse. Statistics Norway, Rapport Nr. 2004/19 Oslo, 2004.

¹⁵ Es wurde auch ein Vergleich mit Kindern allein erziehender Mütter durchgeführt; als Kontrollgruppe, um zu untersuchen, ob die Stigmatisierung aufgrund des Kriegskindhintergrundes oder als uneheliches Kind zurückzuführen ist. Aufgrund der ungleichen Verteilung der Auswahl erwies sich dieser Vergleich als sehr kompliziert; vgl. D. Ellingsen (Anm. 14), S. 3.

¹⁶ Die Umfrage wurde unter den 650 Mitgliedern des norwegischen Kriegskindverbundes (NKBF) 1997 und knapp 400 Mitgliedern des dänischen Kriegskindverbundes (DKBF) 2003 durchgeführt. Zusätzlich wurden ca. 50 niederländische Kriegskinder befragt. Mit 250 Fragen, sowohl standardisierten, wie auch offenen, ist der Fragebogen sehr umfassend und enthält Themen wie Sozialstruktur, Gesundheit, Wohnorte, Jugend- und Erwachsenenleben, Identität, Fragen zur Mutter und zum leiblichen Vater, Fragen zur eigenen Familie, zur sozialen Integration und zur Identität als Kriegskind. Die Antwortquote lag in beiden Ländern bei ca. 50 %. Es soll betont werden, dass diese Auswahl nicht als repräsentativ für die Gruppe der Kriegskinder insgesamt gelten kann, da sie sich hauptsächlich auf Mitglieder der Verbände bezieht. Auch ist die Anzahl der Frauen in der Auswahl größer als die der Männer; Norwegen: 218 Frauen und 108 Männer; Dänemark: 129 Frauen und 85 Männer. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass die Daten aufgrund ihrer komparativen Orientierung sowie ihrer strukturierten und teilweise standardisierten Frageform eher Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Kriegskinder wiedergeben können als Monographien mit Einzel-

Es gibt große Unterschiede zwischen Norwegen und Dänemark bei der Frage, ob die Betroffenen wussten, dass sie Kriegskinder sind. Während in Norwegen 64,1 % der Kinder darüber informiert waren, kannten in Dänemark nur 47,8 % der Befragten den Ursprung ihrer Herkunft. Dies soll jedoch nicht zu der Annahme verleiten, dass viele Kinder nicht dennoch in einer außergewöhnlichen Lebenssituation aufgewachsen sind, z. B., weil sie anders behandelt wurden als ihre Geschwister, die sich später als Halbgeschwister erwiesen, oder weil sie nicht nachvollziehen konnten, wieso ihr Vater, der eigentlich ihr Stiefvater war, sie nicht leiden konnte. In einigen Fällen hat sogar die Mutter ihre Wut und Verzweiflung für ihre miserable Lage auf das Kind übertragen. So hat z. B. fast ein Viertel (24,4 %) der dänischen Kriegskinder schon vorher die Vermutung gehegt, dass sie vielleicht Kriegskinder seien; 31,6 % waren enttäuscht, es nicht früher erfahren zu haben.

Verleumdung, Verheimlichung und Vertuschung der Herkunft dieser Kinder waren jahrzehntelang nichts Ungewöhnliches. Viele wuchsen in dem Glauben auf, der Stiefvater sei der tatsächliche Vater oder die Großeltern seien die wirklichen Eltern und die eigene Mutter eine Schwester oder Tante. Die Mütter haben sich, wie es scheint, in Schweigen gehüllt und wenig oder gar nichts erzählt – auch, um sich selbst, das Kind oder beide zu schützen. Auf die Frage, was sie von der Mutter über den leiblichen Vater wussten, antworteten 33,5 % der dänischen Befragten, dass die Mutter ihnen nie etwas von ihm erzählt habe. 44,5 % berichteten, dass die Mutter nie darüber habe erzählen wollen, was in den ersten Nachkriegsjahren passiert ist. So basieren viele der ausführlichen Informationen über Väter und Mütter, die in den Fragebögen zum Vorschein kommen, auf den Vaterschaftsakten, die in Archiven gelagert waren und in die viele Kinder später als Erwachsene Einsicht bekamen.

Bei der Frage, wieso es wichtig war, den eigenen Hintergrund zu kennen, sagten 60,3 % der dänischen Kriegskinder, dass sie Klarheit über einen Teil ihres Lebensverlaufs haben wollten, an den sie sich selber nicht erinnern können; 24,9 % gaben an, dass das „schwarze

interviews, die bis jetzt in diesem Forschungsbereich angewandt worden sind.

Loch“ in ihrem Lebenslauf, das sie jahrelang begleitet hatte, erst durch die Akteneinsicht überwunden worden sei.

Dass die Suche nach der eigenen Identität nicht nur für die Kriegskinder, sondern auch für die nachfolgenden Generationen von hoher Bedeutung war, zeigen die Ergebnisse der Befragung ebenfalls. 17,7 % der Dänen antworteten, dass ihre Kinder, also die Enkelkinder der deutschen Soldaten, oft nach ihrer Herkunft gefragt hätten und es somit wichtig wurde, mehr über die eigene Identität zu erfahren. Nur 14,8 % gaben an, eigentlich kein Bedürfnis verspürt zu haben, mehr über ihre Identität zu wissen. Dagegen wollten 47,8 % der dänischen Befragten wissen, ob Ähnlichkeiten bezüglich des Charakters oder der Begabungen bestehen, und über 42 %, ob sie dem Vater ähnlich seien. 32,1 % war es wichtig, Näheres über Erbkrankheiten zu erfahren. Nur 2,9 % wollten ihre Eltern mit dem Verrat an ihren Kindern konfrontieren, lediglich 1,0 % der Dänen war es wichtig, Informationen über Vermögen und Einkommen zu erhalten, um Erbsprüche stellen zu können.¹⁷

Wie gingen die Kriegskinder mit dem Wissen um, dass ihre Väter zur Besatzungsmacht gehörten und ihre Mütter sich mit dem Feind eingelassen hatten? Während 63,2 % der Dänen keine Probleme damit haben, dass ihr Vater während des Krieges als deutscher Soldat in Dänemark war, sind nur 17,7 % stolz auf ihre deutsche Herkunft. Wenn es darum geht, dass ihre Mutter eine Beziehung zum Feind gepflegt hat, meinen 39,7 %, dass der Preis, den ihre Mutter für ihre Liebe zahlen musste, mehr als hoch gewesen sei. Fast die Hälfte aller befragten Dänen (49,8 %) ist der Überzeugung, dass ihre Mutter mit dem Vater ihre größte Liebe erlebt hat.

Kriegskinder gestern und heute

„Es ist schwer, Töchter zu haben, wenn Soldaten in der Nähe sind“, sagte eine dänische

¹⁷ Es muss betont werden, dass bei unehelichen Kindern, die vor dem 1. Juli 1949 geboren wurden, keine Erbsprüche bestehen. Mit diesem Stichtag sollte verhindert werden, dass sich Väter nichtehelicher Kinder nach über 40 Jahren mit „unvorgesehenen Ansprüchen“ konfrontiert sehen; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 26. 9. 1997, S. 1.

Großmutter, als ihre Enkelin fragte, ob es wahr sei, dass ihr Vater ein deutscher Soldat war. Diese Aussage trifft den Kern des Problems und gilt unabhängig von Zeit und Raum. Solange es Kriege bzw. Bürgerkriege gibt, wird es auch Kriegskinder geben: in Vietnam, Liberia, Bangladesh, Ruanda und auf dem Balkan, um nur einige Kriegsgebiete zu nennen.¹⁸ Das gilt nicht nur für Kinder, die von Soldaten feindlicher Truppen gezeugt wurden. Untersuchungen zeigen, dass auch Kinder amerikanischer Soldaten auf Island stigmatisiert worden sind,¹⁹ sowie Kinder, die von UN-Soldaten in Kambodscha gezeugt wurden. Weil ihre Herkunft offenkundig war, wurden Kinder und ihre Mütter aus der Gesellschaft ausgegrenzt.²⁰ Ebenso sollte auch an die Einstellung gegenüber Kindern von Soldaten der Alliierten im Nachkriegsdeutschland erinnert werden. Besonders diejenigen, deren Väter einen afroamerikanischen Hintergrund hatten, mussten sich gegen gesellschaftliche Ausgrenzung behaupten.²¹ Besonders verabscheuungswürdig war und ist in allen Kriegen die Vergewaltigung von Frauen als Teil der Militärstrategie, mit dem Ziel, durch die gewaltsame Zeugung von Kindern die ethnische Zusammensetzung ganzer Regionen zu verändern, wie dies u. a. in den Balkankriegen Anfang der neunziger Jahre und während des Genozides in Ruanda geschah.²²

Verschärft wird die Problematik dadurch, dass es Länder gibt, in denen Kinder ohne Väter als Staatenlose gelten und ihnen Rechte wie Gesundheitsfürsorge, Krankenhausversorgung und Schule vorenthalten werden.²³ Seit dem Jahr 2000 setzt sich deshalb „The War and Children Identity Project“ (WCIP) dafür ein, dass die Interessen von Kriegskindern in militärische Leitlinien, sowohl auf na-

tionaler wie auch auf internationaler Ebene, sowie in Menschenrechtskonventionen und insbesondere in die UN-Kinderkonvention aufgenommen werden, damit der Schutz der Kriegskinder schon vor dem Entstehen eines Konflikts geregelt ist. Die Sorge um andere Kriegskinder kommt auch bei den norwegischen und dänischen Befragten zum Ausdruck, ebenso die Frage, wie es Kindern aus anderen stigmatisierten Gruppen bzw. gesellschaftlichen Randgruppen, sowohl in der Nachkriegszeit als auch in der heutigen Gesellschaft, ergeht. Darüber hinaus stellen viele aufgrund der eigenen Suche nach ihrer Identität die moralische Richtigkeit anonymer Samenspenden in Frage, weil dies den Kindern für immer die Möglichkeit raubt, mehr über ihre Herkunft zu erfahren.

Deutschland hatte in der Nachkriegszeit schwerwiegendere Probleme, als sich um die Kinder ihrer ehemaligen Soldaten im Ausland zu kümmern. Es stellt sich jedoch die Frage, warum dieses Thema in Deutschland bis heute noch nicht näher untersucht worden ist, obwohl es inzwischen kaum noch ein Gebiet der Kriegsgeschichte gibt, das nicht als ausgiebig erforscht gilt. Die Kriegskinder gehören schließlich zur „Familie“ der Deutschen – wenn nicht rechtlich, so doch zumindest genetisch und emotional. Viele deutsche Männer wussten, dass sie Kinder im Ausland hatten. So erzählte eine dänische Befragte: „Meine Mutter hat ihn einmal in Deutschland besucht – sie glaubte, er würde sie heiraten – stattdessen hat seine Frau angeboten, mich zu adoptieren.“ Besonders bedrückend empfand eine norwegische Befragte, nachdem sie herausgefunden hatte, wer ihr leiblicher Vater war, die Erkenntnis, dass er sich das Leben genommen hatte, weil er nichts hatte, wofür es sich zu leben gelohnt hätte. Er wusste nicht, dass er ein Kind in Norwegen hatte.

¹⁸ Vgl. WCIP (Anm. 4), Reports 1–3, Bergen 2001–2003.

¹⁹ Vgl. Inga Dóra Björnsdóttir, Island: Uheldige kvinner I et heldig land, in: Dag Ellingsen/Anette Warring/Inga Dóra Björnsdóttir, Kvinner, Krig og Kjærlighet, Oslo–Gjøvik 1995, S. 149–209.

²⁰ Vgl. WCIP (Anm. 4), Report 1, S. 42 f.

²¹ Vgl. Yara Colette Lemke/Muniz de Fraria, Zwischen Fürsorge und Ausgrenzung. Afrodeutsche „Besatzungskinder“ in Nachkriegsdeutschland, Berlin 2002.

²² Vgl. Charli Carpenter, Forced Maternity, Children's Rights and the Genocide Convention, in: Journal of Genocide Research, 2 (2000) 2, S. 213–244.

²³ Vgl. E. D. Drolshagen (Anm. 1), S. 353.

Internet-Empfehlung

War and Children Identity Project (WCIP), Rafto Human Rights House, Menneskerettighetenes Plass 1, 5007 Bergen/Norwegen;
www.warandchildren.org

APuZ

Nächste Ausgabe

20/2005 · 17. Mai 2005

Muslime in Europa

Emanuel Richter

Die Einbürgerung des Islams

Rainer Brunner

Zwischen Laizismus und Scharia

Jytte Klausen

Europas neue muslimische Elite

Sabine Schiffer

Der Islam in deutschen Medien

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen
für *APuZ* zum Preis von
Euro 3,58 zuzüglich
Verpackungskosten, Portokosten
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

60 Jahre Kriegsende

APuZ 18–19/2005

Christoph Kleßmann

3–11 Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte

Die Erinnerung an 1945, den gemeinsamen Ausgangspunkt, dient als Anlass, um einen anderen Zugang zur doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte zu formulieren. Dazu wird ein Konzept vorgestellt, das eine Integration der Teilgeschichten anstrebt, ohne die Spannungen und Widersprüche in einer neuen (und alten) Nationalgeschichte aufzulösen.

Rainer Gries

12–18 Mythen des Anfangs

Mythen des Anfanges, also Erzählungen vom Beginn, aber auch vom Gestern, Heute und Morgen, dienen den Eliten der Bundesrepublik, der DDR und der Republik Österreich dazu, nach dem Kriegsende ein auf das jeweilige Staatswesen bezogenes Wir-Gefühl und Wir-Verständnis zu begründen.

Dietmar Süß

19–26 Erinnerungen an den Luftkrieg in Deutschland und Großbritannien

Ähnlich wie in Großbritannien, wo die innere Zerrissenheit der Kriegsgesellschaft lange Zeit von der propagandistischen Inszenierung des „Mythos von 1940“ überwölbt wurde, diente die Erinnerung an den Luftkrieg in Deutschland der Konstruktion nationaler Identität, zu der neben der Täter- auch die Opferseite des Krieges gehören sollte.

Wilfried Loth

27–33 Die Deutschlandplanung der Sieger

Die Regierungen Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion verfolgten bis ins Frühjahr 1945 Pläne, das Reich in mehrere Einzelstaaten aufzuteilen. Danach ging es um eine einheitliche Umgestaltung des im Osten territorial verkleinerten deutschen Staates. Westliche Furcht vor wirtschaftlichem Chaos, sowjetisches Misstrauen gegenüber demokratischen Kräften und französische Rheinland-Forderungen gefährdeten die Verständigung von Potsdam.

Ingvill C. Mochmann · Stein Ugelvik Larsen

34–38 Kriegskinder in Europa

In diesem Beitrag wird ein wenig beachtetes Thema der Kriegsgeschichte thematisiert – die hunderttausende von Kindern, die während des Zweiten Weltkriegs von deutschen Soldaten in den besetzten Ländern mit einheimischen Frauen gezeugt wurden. Es werden erste Ergebnisse einer Umfrage unter norwegischen und dänischen Kriegskindern vorgestellt.